

Bezugspreis:
Stückzahl 60. — M. monatl. 20. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Fol-
bezug: Monatlich 20. — M., einjähr. 200.
— M. (unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Schlesien, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete: Belgien, Ostpreußen,
Litauen und Suvalken 24. — M., für
das übrige Ausland 28. — M. Fol-
bestellungen nehmen an Österreich,
Litauen, Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 12. — M. „Kleine Anzeigen“
das festgesetzte Wort 2. — M. (an-
schließt zwei festgesetzte Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellungs-
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 2. — M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten Seite 6. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S 2 08, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Bestell-
tag von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54
Sonntag, den 4. März 1922
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigentra-
bteilung Moritzplatz 11753-54

Sozialdemokratie und Steuerfrage.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Steueraus-
schuß des Reichstages hat, wie wir gestern meldeten, die sozial-
demokratische Fraktion veranlaßt, ihre Mitglieder dieses Aus-
schusses zu beauftragen, eine Klärung herbeizuführen.
Obwohl die Frage der Besteuerung der Genossenschaften
durch das abgeschlossene Kompromiß aus der Diskussion aus-
geschlossen war — es sollte bei der ursprünglichen Fassung der
Regierungsvorlage verbleiben —, hatten Mitglieder des Zen-
trums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei
und der Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, wonach
den ländlichen Genossenschaften bei der Vermittlung von
Urerzeugung Steuerfreiheit eingeräumt werden sollte.
Auf energischen Einspruch unserer Genossen hatten Herold (Z.)
und Gerauer (Bayer. Dp.) ihre Unterschriften wieder zurück-
gezogen, während Hepp (D. Sp.) die seine befestigen ließ.
In der Freitagssitzung des 11. Ausschusses stellte nun
Genosse Bernstein im Auftrage der Fraktion an die Deutsche
Volkspartei die Frage, wie sie sich zum abgeschlossenen Steuer-
kompromiß verhalte. Die Unterzeichnung des oben gekenn-
zeichneten Antrages bedeute ein Abweichen von der getroffenen
Vereinbarung, beharre die Deutsche Volkspartei darauf, so
habe auch die Sozialdemokratie wieder freie Hand. Dr. Becker
(D. Sp.) erklärte dann, seine Partei nehme a u c h h e u t e n o c h
die gleiche Haltung zum Kompromiß ein, wie er sie in seiner
Rede im Plenum bei der ersten Beratung eingebracht habe.
Doch könne eine Zurückziehung der gegebenen Unterschrift nicht
erfolgen. Die Entscheidung müsse der Abstimmung über-
lassen bleiben.

Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag gegen fünf
Stimmen abgelehnt, von den Volksparteilern stimmte nur
Hepp für ihn, die anderen drei stimmten dagegen.
Soweit der Bericht über die Ausschlußverhandlungen vom
Freitag. Wie man sieht, hat das Steuerkompromiß einen
leichten Schlaganfall überstanden, daß ihm aber damit das
Leben gerettet sei, wird man vorsichtigerweise vorläufig noch
nicht behaupten können.

Die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Steuer-
kompromisses wird jetzt voraussichtlich bei der Zwangs-
anleihe fallen. Die sozialdemokratische Fraktion besteht
darauf, daß durch eine rechtzeitige Veranlagung und Um-
legung der Zwangsanleihe ihre Einziehung noch im laufenden
Rechnungsjahr gesichert wird. Diese Sicherung wäre aber
nicht vorhanden, wenn die Umlegung erst auf Grund einer
Ende 1922 erfolgenden neuen Veranlagung vorgenommen
werden sollte.

Die Sozialdemokratische Partei wird auf alle Fälle die
lokale Haltung, die sie bisher in der Frage des Steuerkom-
promisses eingenommen hat, auch weiter bewahren. Gewiß wäre
es für sie, rein parteipolitisch gesehen, nur ein Gewinn, wenn
das Kompromiß in die Brüche ginge. Aber für sie dürfen
nicht bloß parteipolitische Erwägungen maßgebend sein, sie
muss auch auf die Interessen des Reiches und der Volksgesam-
theit bedacht sein. Die Sprengung des Steuerkompromisses kann
Sturz der gegenwärtigen Regierung, weitere Verschlechterung
der Finanzverhältnisse, weitere Entwertung unserer Währung
und damit weitere Preissteigerung bedeuten. Außenpolitisch
bedeutet sie die Gefahr neuer Krisen, denn man darf doch nicht
die Augen vor der Tatsache verschließen, daß Deutschland zwar
im Mai vorigen Jahres das Ultimatum der Entente an-
genommen hat, daß aber eine wesentliche Voraussetzung jeder
Erfüllungspolitik, die Neuordnung unserer Reichsfinanzen,
bisher noch nicht erfüllt worden ist. Aus diesen höheren Ge-
sichtspunkten hält die Sozialdemokratische Partei an dem Steuer-
kompromiß fest, sie bleibt entschlossen, es durchzuführen w e n n
auch die bürgerlichen Vertragsteilnehmer
loyal bei dem Abkommen bleiben. Die Entschei-
dung und die Verantwortung liegen damit bei den bürgerlichen
Parteien.

Besprechungen über die Zwangsanleihe. Die Stellung der Sozialdemokraten.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit:
Am Freitag abend erläuterte der Reichsfinanzminister Dr. Hermes
in einer Besprechung mit den Regierungsparteien über die Steuer-
fragen die Grundzüge, die bei der Erhebung der Zwangsanleihe ge-
plant sind. Eine Erhebung nach der Einschätzung zum Reichsnot-
opfer kommt, wie der Reichsfinanzminister ausführte, nicht in Be-
tracht, weil seit dieser Einschätzung eine große Verschlebung der Ver-
mögensbestände stattfand. Die Grundlage zur Erhebung der
Zwangsanleihe soll der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922
bilden. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Belastung von
5 Proz. des Vermögens. Von der Zwangsanleihe befreit sind nach
den Plänen des Reichsfinanzministers Vermögen von etwa
250 000 M. und solche Personen, deren Einkommen weniger als etwa
30 000 M. im Jahre beträgt. Die Abgabe soll je nach der Größe
des Vermögens von 1—10 Proz. gestuft werden. Eine 10proz.
Abgabe dürfte bei einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Mark
erreicht sein. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einschätzung
zur Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit

einem Eingang der Anleihebeträge erst für den Sommer 1923 zu
rechnen. Deshalb sollen besondere Vorschriften zur teilweisen Vor-
auszahlung erlassen werden. Die Einzahlung beabsichtigt man nach
einer vorläufigen Selbstschätzung zu regeln. Um für die Voraus-
zahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen,
die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehen. Für
spätere Einzahlungen, etwa nach dem 1. Oktober 1922, sind gewisse
Zuschläge geplant, — also eine Mehrbelastung. Für solche Personen
und Unternehmungen, deren Vermögensbestände nur schwer festzu-
stellen sind, soll die Vorleistung zur Anleihe nach der Einschätzung
zum Reichsnotopfer erhoben werden können. Es ist geplant, in dem
Anleihegesetz auch den Zinsfuß festzulegen, der nach den ersten zins-
freien drei Jahren gewährt werden soll.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
brachten in der anschließenden Aussprache zum Ausdruck, daß aus
außen- und innenpolitischen Gründen sehr bald für die Einzahlung
großer Teile der Anleihe Sorge getragen werden muß. Ferner
hielten es die Vertreter unserer Fraktion nicht für ratsam, daß eine
Prämie auf die Vorleistungen gewährt wird und forderten einen
möglichst frühen Termin, an dem eine schärfere Belastung erfolgen
soll. Genannt wurde der 1. Oktober 1922. Auch legte die Sozial-
demokratie Wert darauf, daß der Zinsfuß nach den ersten drei zins-
freien Jahren nicht über 2—2 1/2 Proz. festgesetzt wird, weiterhin
aber der niedrige Zinsfuß mindestens einige Jahre bestehen bleibt.
Ferner regten unsere Vertreter an, daß in dem Anleihegesetz sowohl
die Termine für die Einzahlungen wie auch die sogenannten Straf-
bestimmungen bei verspäteter Einzahlung festgelegt werden. Schließ-
lich wurde noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die schnellste
Verabschiedung des Gesetzes erfolgen möge.

Der Reichskanzler wohnte den Verhandlungen zeitweise bei.
Er betonte in seinen Ausführungen, daß in etwa zehn Tagen die
Finanzminister der Entente zusammentreten und eine schnelle Ver-
abschiedung der Steuern angebracht erscheine.

In den nächsten Tagen wird sich der Reichswirtschaftsrat mit der
Zwangsanleihe beschäftigen. Berichterstatter sind die Abgeordneten
Wendelsohn und Hülferting.

Brotpreis und Reichsregierung.

Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Genossen Meier
(Zwidau), welche Maßnahmen die Reichsregierung treffen wolle, um
den Lohn-, Gehalts- und Rentenempfängern sowie den erwerbs-
unfähigen Kleinrentnern das Ertragen der Brotpreiser-
höhung zu ermöglichen, antwortete die Reichsregierung:

Die der Anfrage zugrunde liegenden Tatsachen sind der Reichs-
regierung bekannt. Die Reichsregierung hat demgemäß vor längerer
Zeit die aus Anlaß der Brotverteuerung notwendig erscheinenden
Maßnahmen in die Wege geleitet.

Gerade unter Berücksichtigung der in Aussicht stehenden Er-
höhung des Brotpreises und deren unmittelbare Auswirkungen
wurde bei der letzten Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestell-
ten und Arbeiter des Reichs auch eine allgemeine Erhöhung der
Bezüge bewilligt; daneben wurde ein örtlicher Ausgleich für die Drie-
geschichten, an denen hohe Arbeitslöhne in der Privatindustrie beson-
ders schwierige wirtschaftliche Verhältnisse gezügelt hatten. Im übrigen
ist dem hohen Hause bekannt, daß der Herr Reichsminister der
Finanzen in der Sitzung des Reichstages vom 1. Februar erklärt
hat, daß eine Nachprüfung der Grundgehälter der Be-
amten erfolgen wird. Die gestern in Berlin verfallene gewesenen
Finanzminister der Länder haben sich damit einverstanden erklärt,
daß die Frage der Erhöhung der Grundgehälter in bejahendem
Sinne gelöst werde. Diese Nachprüfung ist hiernach in vollem Gange
und wird

noch in diesem Monat ihren gesetzgeberischen Abschluß
finden können.

Was die Rentenempfänger der Invaliden- und Ange-
stelltenversicherung anlangt, so wurde bei der Bestimmung der Unter-
stützungsgrenze im § 2 des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur
Unterstützung von Renteneempfängern der Invaliden- und Ange-
stelltenversicherung vom 7. Dezember 1921 die weitere Verteuerung der
Lebenshaltung schon von vornherein in Rechnung gestellt. Die
ersten Unterstützungen sind in den letzten Monaten mit Wirkung vom
1. Oktober 1921 gezahlt worden. Die Unterstützten haben daher er-
hebliche Beträge auf einmal erhalten. Im übrigen wird zurzeit der
Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Unter-
stützungsgrenze vorbereitet; er geht in Kürze den gesetzgeben-
den Körperschaften zu.

Den Militärrentenempfängern sind die zu den
Renten seit dem Dezember vorigen Jahres gewährten laufenden
Teuerungszuschüsse für den Monat März verdoppelt worden;
weitere Maßnahmen für die folgenden Monate sind in Vor-
bereitung.

Die Unterstützung der Kleinrentner ist nach wie vor
als Aufgabe der Gemeinden und Länder zu betrachten. Das Reich
gewährt lediglich Zuschüsse zu deren Aufwendungen. Es ist be-
absichtigt, falls die erstmaligen, zurzeit im Laufe befindlichen Aus-
zahlungen hierzu Anlaß geben, den bisher im Haushaltsvoran-
schlag vorgesehenen Betrag des Reichszuschusses entsprechend zu
erhöhen.

Das Faß der Danaiden.

Als die altgriechische Dichterphantasie nach einem Sinn-
bild endloser, vergeblicher Arbeit suchte, erfand sie die Legende
der Töchter des Ägypterkönigs Danaos, die zur Strafe für
die heimtückische Ermordung ihrer Ehegatten dazu verurteilt
waren, in alle Ewigkeit Wasser in ein durchlöcheriges Faß zu
schöpfen. Der zürnende Zeus, der diese geistvolle Variante un-
produktivster Zwangsarbeit erfand, wird sich heute selbst als
ein Stümper vorkommen, wenn er von den Höhen des Olymp
auf jene Kulturwelt herabblickt, die im Zeichen der „strikten
Durchführung des Versailleser Friedensvertrages“ steht.

Man stelle sich vor: Alle ehemals kriegsführenden Staaten
sind total verarmt, ihr Reichtum ist in viele Millionen von
trepiierenden Granaten, von torpedierten Handelsschiffen, in
Laufende von zerstörerten Städten, Dörfern und Dörfern ver-
wandelt, ein großer, vielleicht sogar der beste Teil der mensch-
lichen Arbeitskraft ist durch Tod und Verwundung der Welt
entzogen worden; um nun die zerstörten Häuser, die zer-
wühlten Felder wieder herzustellen, um die Pensionen für die
Opfer des Krieges und deren Hinterbliebene auszubringen,
werden die letzten Reste des Wohlstandes dieser verarmten
Welt dringend benötigt; man braucht Geld und nochmals
Geld, das heißt: Arbeit und nochmals Arbeit. Und was ge-
schieht? Milliarden und aber Milliarden werden
für gänzlich unproduktive Zwecke ein-
fach zum Fenster hinausgeworfen als Rüstungs-
und Befahrungsausgaben, währenddessen diejenigen, die das
Geld wirklich brauchen, leer ausgehen! Drei Jahre lang
hat die Welt diesen tollsten Zustand teils aus Unkenntnis, teils
aus Rivalität ertragen. Die Stimme der Vernunft vermochte
nicht bis zu den Hauptstädten der Entente durchzudringen,
oder sie wurde einfach von den Fanatikern der Militaristen
überdönt. Das Schlagwort der „militärischen Notwendig-
keiten“, mit dem die Ludendorff und Genossen einen vernünftigen
Ausgleichsfrieden verhinderten und das deutsche Volk ins
Unglück führten, wird in einer neuen Form, jedoch in dem
gleichen Geiste von den Froch, Poincaré und Genossen dazu
verwendet, die sinnlosesten Milliardenausgaben im besetzten deut-
schen Gebiete zu rechtfertigen.

Wie lange sich das französische Volk diese Tragikomödie
gefallen lassen wird, hängt nur von ihm selbst ab. In den
fortschrittlichen der sozialistischen Partei in Frankreich wird man
erkennen können, inwieweit das Wort vom „bon sens fran-
çais“, vom „gesunden Menschenverstand der Franzosen“, das
man drüben so häufig und selbstgefällig zitiert, noch einen
Sinn hat. Denn die französische Partei hat als erste den Mut
aufgebracht, die Parole auszugeben, daß eine wirkliche
Reparationspolitik die unverzügliche Räumung der
besetzten deutschen Gebiete voraussetzt. Auf der
Frankfurter Fünfländerkonferenz wurde von allen anwesen-
den Parteien dieser Grundgedanke aufgestellt, der in der folgenden
Stelle der einstimmig angenommenen Resolution über
die Entwaffnungsfrage zum Ausdruck gebracht wurde:

Die Politik der notwendigen gegenseitigen Hilfe für den wirt-
schaftlichen Wiederaufbau der Welt und des Inkrafttretens des
Systems des Wiederaufbaues durch das Zusammenwirken aller; hat
die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen zur
Voraussetzung, die sogleich anlässlich des Wüstums von
London Deutschland ausgenommen wurden, ebenfalls die Aufhebung
der militärischen Okkupation, die nur zu leicht neue Okkupationen
herbeiführen kann. Solche Okkupationen verletzen die Gefühle der
Bevölkerung der besetzten Gebiete, verschlingen die von
Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten
Gebiete aufgebrauchten Mittel, erzeugen immer von
neuem Haß gegenüber den Besetzenden und birgt in sich die Gefahr
neuer Konflikte.

Während der gesunde Menschenverstand in dieser Frage
in Frankreich und Belgien noch das Monopol der Sozialisten
ist, hat er sich in England und auch in Italien über die
Arbeiterklasse hinaus seinen Weg bis tief in die Reihen des
Bürgertums gebahnt. Es ist bekannt, daß selbst Lloyd
George, ehe er nach Cannes fuhr und wahrscheinlich nicht
überlegt unter dem Eindruck eines von der Arbeiterpartei ihm
überreichten Memorandums, für den Gedanken der
Räumung der besetzten Gebiete gewonnen war. Ob er auch
diesen Teil seiner Ueberzeugung in der dreistündigen Begegnung
mit Poincaré in Boulogne preisgegeben hat, ist bisher
nicht bekannt geworden, wäre aber nicht allzu verwunderlich.
Indessen wird es dem französischen Imperialismus nicht ewig
gelingen, die Welt zu betören und die Opfer des Krieges, ins-
besondere die obdachlosen Einwohner in Nordfrankreich, zu
betrügen. Die Mittwochdebatte im Reichstag über den Etat
des Reichsfinanzministeriums wird sich nicht totschweigen lassen,
die von den Genossen Stücken und Bauer in ihren Reden
enthaltenen skandalösen Zustände werden mit Hilfe unserer
französischen Genossen sicherlich auch dort zur Sprache gebracht
werden, wo Wahrheit und Vernunft bisher als Todsünden
verpönt wurden, nämlich in der Kammer des Nationalen
Blocks. Und selbst wenn es ihnen dort nicht gelingen sollte,
dem gesunden Menschenverstand zum Siege zu verhelfen, selbst

wenn sogar die Konferenz von Genua an diesen schreienden Tatsachen achtlos vorübergehen sollte, auch dann wird sich die Forderung der Frankfurter Fünfländerkonferenz bald durchsetzen. Die grausamen Witze, die sich der unsterbliche Zeus ungestrast an den Töchtern des Danaos leisten konnte, wird sich das europäische Proletariat auf die Dauer nicht von einem Poincaré gefallen lassen. Das hatten schon die alten Römer begriffen, als sie das Sprichwort prägten: „Quod licet Jovi, non licet bovi“: Was dem Gott Zeus gestattet ist, ist noch lange nicht einem — sagen wir: Halbgott des Nationalen Blocks erlaubt.

Genua immer später.

Paris, 3. März. (TL.) Der „Petit Parisien“ bestätigt die Nachricht der „Westminster Gazette“, daß die Konferenz von Genua aus rechtlichen und anderen Gründen auf den 25. April verschoben werden wird. Es sei sogar möglich, daß wegen der zwischen dem 20. Februar und dem 4. Mai in London stattfindenden Budgetberatungen eine Vertagung der Konferenz bis in die zweite Maiwoche erfolgen würde. Die am 8. März beginnende Konferenz der allierten Finanzminister und Sachverständigen, welche über die Verteilung der deutschen Reparationen verhandeln soll, wird sich auch mit der Konferenz von Genua beschäftigen.

Nach einer Senfer Denkschrift verläuft dort, daß Schweden die Aufnahme Deutschlands (und Ungarns) in den Völkerbund beantragt, dessen Vertretung am 20. Mai zusammentritt.

Am Sonntag findet in Belgien die Konferenz der Kleinen Entente statt, an der auch polnische Delegierte zugegen sein werden. Sie wird wahrscheinlich fünf Tage dauern.

Sinowjew für die allsozialistische Konferenz.

Auf der Moskauer Tagung der 3. Internationale hatte Sinowjew nach Reden von Tschheim (Deutschland) und Burian (Tschechoslowakei) das Schlußwort zur Frage der proletarischen Einheitsfront. Die Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz werde, erklärte er, durch die Konferenz von Genua noch dringender, da hier das Schicksal des Proletariats für die nächste Zeit entschieden werden müsse. Als Gegengewicht gegen die Bourgeoisie habe das Proletariat das Bestreben, eine eigene internationale Konferenz einzuberufen, auf welcher die Führer der Internationale 2 und 3 $\frac{1}{2}$ eine Antwort darauf geben sollen, ob sie wirklich für die wichtigsten Forderungen des Proletariats kämpfen wollen. Die Kommunisten müßten dafür sorgen, nicht nur den Vortrupp des Proletariats, sondern die Mehrheit des ganzen Proletariats für sich zu haben.

Rußlands Handelsbeziehungen.

Rom, 3. März. (EP.) Der russische Sowjetdelegierte in Italien, Ingenieur Borowski, erklärte der „Azione“, die russische Abordnung begehe sich mit den besten Absichten auf die Konferenz von Genua, um mit den interalliierten Mächten die geeigneten Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands zu beraten. Nachdem die russische Staatsbank bereits mit vielen englischen, deutschen und amerikanischen Banken Beziehungen angeknüpft habe, sei er beauftragt worden, ähnliche Vereinbarungen mit Italien zu treffen. Zu diesem Zwecke unterhandle er mit dem Banco di Roma. — Ueber die deutsch-russischen Beziehungen erklärte Borowski, Rußland habe die besten Absichten, mit Deutschland freundschaftliche und dauerhafte Beziehungen anzuknüpfen. Indessen habe Rußland Deutschland zu verstehen gegeben, daß es auf den Gedanken verzichtete, Rußland auf Rechnung Frankreichs und Englands auszubeuten, wenn Deutschland am russischen Wiederaufbau mitarbeiten wolle.

Die Pariser Heeresdebatte.

Paris, 2. März. (TL.) In der Kammer wurde die Aussprache über die Militärreform fortgesetzt. Der Generalberichterstatter Abg. Fabry sagte u. a.: Vor dem Kriege habe Deutschland Frankreich im Wettstreit mit sich gerissen. Heute habe sich alles gewandelt. Heute sei es Frankreich, das Deutschland hindere, zu rüsten, und auf diesem Wege würde es selbst zur Einschränkung

der Rüstungen gelangen. An dieser Stelle unterbricht ein Abgeordneter der Linken den Redner:

„Heute ist es Frankreich, das Deutschland im Wettstreit mit sich reißt.“

Die Rechte erhebt lebhaft dagegen Einspruch. Wenn Frankreich, fuhr Fabry fort, die Mittel aus der Hand gebe, die deutschen Rüstungen niederzuhalten, die Mittel, die der Friedensvertrag ihm liefere, so würde es die Sache des Friedens in Gefahr bringen. Die Regierung habe erklärt, daß man Deutschland gegenüber 22 Divisionen mit den entsprechenden Reserven brauche, denn Deutschland könne durch Verdreifachung der Reichswehr 21 Divisionen mobil machen und verfüge über 150 000 Mann Stammtruppen in der Schulpolizei.

Abg. Benazet meint, der Gefahr, die Deutschland darstelle, könne nicht durch eine kleine Maßnahme begegnet werden, sondern nur durch eine großzügige Organisation des ganzen Volkes. Was das Rekrutierungsgesetz dagegen vorschläge, habe den großen Fehler, daß es die individuelle Ausbildung erschwere, nicht gute Reserven liefere, keine guten Cadres ergebe, und daß es schließlich doch eine ungenügende Effektivstärke erziele.

Schwere Strafen in Düsseldorf.

Wegen Ehrhardt-Bündelei.

Düsseldorf, 3. März. (Fig. Drahtbericht.) Der französische Kriegsgerichtsprozess gegen 21 Mitglieder der Ehrhardt-Organisation in Düsseldorf ist beendet. Durch gemeinsame Urteile und Zusammenkünfte nationalsozialistischen Charakters wurde die Befehlsbehörde auf die Organisation aufmerksam. Bei Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Waffen gefunden. Bei der Vernehmung gab einer der Angeklagten zu, daß die Organisation in Verbindung mit der Brigade Ehrhardt in Verbindung steht und u. a. auch an den Selbstmord Oberschlesien Waffen abgegeben hat. Er fügte hinzu, daß bei der Brigade Ehrhardt und ihren Unterabteilungen Fehmgerichtete bestanden, deren Mitglieder und Lagerorte den Angehörigen der Organisation unbekannt sind. Als erwiesen ist anzusehen, daß sich die Organisation Ehrhardt über das ganze Reich erstreckt und rund 10 000 Mitglieder zählt. Nach einer glänzenden Verteidigungsrede des französischen Advokaten Becletz verurteilte das Gericht die beiden Hauptangeklagten wegen Teilnahme an Geheimorganisationen, die nach den Bestimmungen der Befehlsbehörde verboten sind, zu 2 und 3 Jahren Gefängnis, verurteilte Andere zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr und 8 Monaten. Die übrigen wurden freigesprochen.

Smeets vor Gericht.

Ein linksradikaler Helfer.

Brüssel, 3. März. (TL.) Im Verleumdungsprozess gegen den rheinischen Sonderbündler Smeets kam heute die Verleumdung des Postsekretärs Gerdes zur Sprache. In der „Rheinischen Republik“ vom April 1921 wurde mehreren Personen vorgeworfen, zur beschleunigten Unterdrückung der Unruhen im Bezirk Wärs im Frühjahr 1921 durch falsche Angaben gegen die deutschen Arbeiter und Personen dieser Bewegung ein Eingreifen der Befehlsbehörde veranlaßt und damit Landesverrat getrieben zu haben. Unter den Personen, denen dieser Vorwurf gemacht wurde, befand sich auch der mehrheitssozialistische Postsekretär Gerdes, der als Nebenkläger zugelassen ist, ebenso der Geschäftsführer der mehrheitssozialistischen „Volksstimme“ in Duisburg, Waskowich aus Wärs. Der linksradikale Beigeordnete Dr. Gabriel aus Wärs legte als Zeuge aus, daß er das Material für diesen Artikel dem Smeets geliefert habe.

Hierauf kam die Anklage wegen

Verleumdung des Reichspräsidenten

zur Verhandlung. Der Verteidiger Dr. Wolf-Düsseldorf wies auf die Ehrenklärung hin, die Smeets am Mittwoch dem Reichspräsidenten abgegeben hat. Es sei üblich, daß die klagende Behörde auf eine solche Erklärung hin den Strafantrag zurückziehe, könne das Gericht sich aber nicht entschließen, dem Reichspräsidenten von dieser Ehrenklärung Mitteilung zu machen, so stelle er verschiedene Beweisanträge. Der Vorsitzende, Land-

gerichtsdirktor Dr. Bube erwiderte, er fände es merkwürdig, daß Smeets erst in diesem Augenblicke mit seiner Bitte herauskäme, dem Reichspräsidenten von seiner Erklärung Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, den Strafantrag zurückzuziehen. Erster Staatsanwalt Dr. Dahn wies auf die Wertmindernde hin, daß Smeets auf der einen Seite zwar eine Ehrenklärung abgegeben habe, die doch wohl einschließe, daß er eingesehen habe, seine Behauptungen seien falsch, auf der anderen Seite aber Beweisanträge stelle, um die Richtigkeit seiner Behauptungen darzutun. Der Staatsanwalt beantragte Ablehnung dieser Beweisanträge. Die Verhandlung dauert fort.

Die Kredite für Deutschösterreich.

Der Bundeskanzler über ihre Verwendung.

Wien, 3. März. (TL.) Im Nationalrat teilte Bundeskanzler Schober mit, daß England, Frankreich und Italien dem Beispielen der Tschechoslowakei gefolgt sind und Deutschösterreich einen Kredit von rund 44 Millionen Pfund teils schon zugewendet haben, teils zugewenden beabsichtigen. In Besprechung der Entsendung des früheren Finanzministers Dr. Grimm nach London stellt der Bundeskanzler fest, daß der Völkerbund keinen Kurator und keinen Kontrolleur, noch weniger eine Kontrollkommission zu schicken beabsichtige, sondern einen finanziellen Berater, daß er aber auf Vorstellung der Regierung auch davon Abstand genommen hat und im Vertrauen auf die Maßnahmen der politischen Parteien und der Regierung einen Vorschlag, wonach der dem österreichischen Staat zur freien Verfügung stehende Teil der kreditierten Auslandsanleihen im Betrage von vier Millionen Pfund durch ein besonderes Bundesgesetz

ausschließlich der Regulierung des Marktes

in ausländischen Zahlungsmitteln gewidmet werden soll. (Zustimmung.)

Die geschäftsmäßige Verwendung der Kredite wird unter einer besonderen Kontrolle gestellt. Mit der Durchführung dieses Verwendungszweckes wird jede Spekulation mit unserer Krone ihr Ende finden. Der Bundeskanzler gibt namens der Regierung die Erklärung ab, daß nichts von diesen Krediten für andere Zwecke als die in dem einzubringenden Gesetz vorgezeichneten verwendet werden darf. (Lebhafte Beifall.) Die endgültige Befestigung der Krone ist eine Sorge späterer Zeit. Der Bundeskanzler entwirft

ein Programm von Maßnahmen.

die einen endgültigen Haushaltsplan herbeiführen sollen. Dieses Programm umfaßt Abbau der Lebensmittelzuschüsse, Eindämmung des Luxuskonsums und des Alkoholverbrauchs durch ausgiebige Besteuerung und hohe Zölle, Erhöhung der Tabakpreise, durchgreifende Reform der Staatsausgaben, aufgebaut auf der allergrößten Sparsamkeit, Sanierung der Staatsbetriebe durch Einführung einer strengen kaufmännischen Verwaltung, Abbau der Zahl der Beamten, Stellungnahme gegen Gehaltsmehranprüche und Aufnahme einer inneren Anleihe für Investitionszwecke. Die Bemühungen der Regierung, weitere Kredite zur Errichtung einer Notendbank zu erlangen, seien anscheinend nicht ohne Erfolg unternommen. Von allen diesen Maßnahmen erwartet die Regierung im Zusammenhang mit den finanziellen Auswirkungen der ausländischen Kredite in voller Zuversicht die Rettung unseres Vaterlandes.

Der Bundeskanzler schloß mit einem Appell an alle Parteien, die Regierung bei ihren Maßnahmen zu unterstützen, damit die Wünsche der breiten Schichten des Volkes erfüllt werden, die, der Parteikämpfe müde, allein in dem Zusammenschluß aller einen Beweis unserer Lebenshaltung und Lebensfähigkeit erblicken, ein Beweis, der das Vertrauen des Auslandes in unsere Kraft am nachhaltigsten zu stärken vermag. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Erste Sparmaßnahme.

Amlich wird mitgeteilt, daß auf den deutschösterreichischen Bundesbahnen mit dem 1. März die Aufhebung bzw. eine weitgehende Einschränkung der bisher geltenden Fahrtoergünstigungen für eine Reihe von öffentlichen und privaten Personen erfolgt ist.

Der titellose Film.

Der Film, die künstlerische Ausdrucksform, die nur über zwei Dimensionen verfügt, ist zur Stummheit verurteilt. Wo er in den Worten der Sprache und nicht in der Sprache der Gebärden sich vernehmlich machen will, ist er auf die Titel angewiesen, jene meist unbedeutenden und selbst in Lichtbildern von hohem Rang zum großen Teil noch recht unzulässigen Zwischentitel. Man darf mit Recht behaupten, daß die Sprache des Films, soweit sie sich auf die Wortsprache stützt, kein Reden, sondern ein Sagen ist. Daran werden die besten Regisseure, werden alle literarischen Beiräte, werden alle grammatikalischen Beiräte — und deren bedarf die Filmindustrie nicht zum Geringsten — nichts ändern können. Der ideale Film bleibt der absolut stumme, der völlig titellos; jener Film, dessen Szenenreihen nicht durch eine Reihe mehr oder minder glücklicher Wortbilder und Satzgefüge auf der Leinwand unterbrochen werden. An solchen titellosen Filmen sind wir mehr als arm; ja, man kann die Zahl der titellosen Filme an den Fingern einer Hand herzählen. Der neue Henry-Porten-Film „Hinter-treppe“, dessen Regie eine so starkwertige künstlerische Persönlichkeit wie der Intendant Leopold Jessner befohrte, dessen Manuskript vom dem kultiviertesten Filmautor Karl Mayer stammt, hat mit der Metersprache des Filmtitels eigentlich zum erstenmal vollständig gebrochen. Aus Amerika und England liegen Nachrichten vor, daß man auch dort das Umding des Filmtitels erkennt und entschlossen ist, damit radikal aufzuräumen.

Wie alle Reformen, dürfte aber auch diese Neuerung nicht forciert werden. Unter Umständen ist der noch so häufige, noch so futurlose Titel, wenn er allein das Verständnis der Situation ermöglicht, der stummen, von keinem Wort unterbrochenen Szenenreihe vorzuziehen, die den Zuschauer mit ungeklärten Rätseln belasten würde. Solange die Handlung nicht so sehr nur auf das Bildhafte eingestellt ist, solange soll und darf der Titel nicht fallen. Daß er fällt, das freilich ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. Wenn man, vom Zwischentitel ganz abgesehen, das Prinzip der Stummheit des Films untersucht, drängt sich die Frage auf, ob diese Stummheit nicht dem Film die Möglichkeiten eines wirklich dramatischen Eindrucks ganz und gar benimmt oder allzu sehr beschneidet. Und diese Frage ist eben so verneinend. Ist doch das Wort niemals Zweck, sondern immer nur Mittel, immer nur Requisit zum Aufbau der Handlung. Die Gesetze des Theaters, in dem das Wort selbstverständlich die wichtigste Funktion übernimmt, gelten nicht für den Film. Da im Film jede Erörterung, jeder überdeutliche Hinweis auf psychologische Momente naturnotwendigerweise fortfällt, da die Situation, die Verdichtung der Stimmung selbst sprechen und unausdrücklich die innerlichen Vorgänge klar machen müssen, bedarf der Film keiner solchen Kommentare; er bedarf prinzipiell nicht der Zwischentitel, sie widerstreben seinem auf Klusion im besten Sinne eingestellten Wesen. Er ist ganz auf

Situation berechnet; und soweit der Charakter und die Psychologie der Handlung und Personen zur Geltung zu kommen hat, kann ihre Zeichnung nur in starken Umrissen erfolgen, sie muß auf Verleumdung verzichten, die im Theater durch die Ausnutzung des Wortes möglich ist. Darum muß auch das Bild selbst so angelegt sein, daß es auch ohne Wort, daß es stumm und mit Vermählung aller Titel verständlich und überzeugend einen Konflikt aufrollt. Noch wissen wir mit wenigen Ausnahmen Filmautoren ihre Manuskripte nicht so zu bauen; noch wählten auch wahrscheinlich die meisten Filmregisseure nicht den Stimmungsgehalt der Stücke so zu halten, daß sie auf den Titel völlig verzichten könnten. Aber der Film, im Grunde genommen eine ewig fließende Entwicklung, wird als eine der wichtigsten Reformen das auch ohne Titel logische Schauspiel immer mehr anzustreben haben. Wenige schäferne, aber erfolgreiche Versuche auf diesem Gebiete sind bei uns bereits gemacht, sie stehen in England und in Amerika bevor und werden sich voraussichtlich schon in naher Zukunft zu einem Geseh für den qualifizierten Film entwickeln. Und damit wird das Niveau des Schauspielturnhock gehoben sein.

Glorie um Tolstoi.

Michael Gruzemann blickt sich vor der Erkenntnis, die Leo Tolstoi der Welt geschenkt hat. Wenn er für die „philosophische Reihe“ des Verlags Köll u. Cie. (München) das Leben dieses Mannes beschreibt, so zeichnet er weniger das Werden des Dichters; der hohe, nun kaum umstrittene Endwert wird hervorgehoben. Die Biographie hat für Gruzemann etwas Absolutes, das er verliert.

Anders gelangt Romain Rolland zur Glorie, die er der Gestalt Tolstois versteht. Er war ein Jüngling, als er sich an den 60jährigen Dichter mit der flehenlichen Bitte wandte, er möge ihm doch sagen, wie er mit seinem Kunstingen und rühmlichen Emporwollen die Zukunft einzurichten habe. Da antwortete Tolstoi nicht mit einem kleinen Brief, sondern mit einem ganzen Heft, das Sittlichkeit und Kunst zusammenhängerte. Es war die gleiche Lehre, die die Welt aus Dostojewski, Tolstoj und Gorki empfing und die veränderte, es dürfte nicht allein das spielend Phantastische in der Kunst gelten. Das Moralische müsse dem Künstlerischen tief einverleibt sein, das Ergänzende auch, das eigentlich Religiöse und Göttliche nicht minder. Rolland empfing diese Lehre als ein Bewußtsein, das ihm persönlich galt. Und seine Schriftsteller, die der stülfchen Größe keineswegs entbehren, wenn sie auch oft den schelmischen Sinn in Ralle und Nichtbeachtung sieht, wurde zum Wahrheitszeugnis für diesen merkwürdigen, großen, die Erde verführenden Tolstolanismus.

Der Tolstoi Rollands ist mit betonter Gelassenheit geschrieben. Er verrät trotzdem in jeder Zeile das Temperament des geistigen, trieblichen Franzosen. Die Heftigkeit des Bewusstseins, die Leidenschaft des Ideellen Aufschwungs, auch die Zufriedenheit des anderen Leidens, die Zeiten des Zerwürfens, das sind Daseinsoffenbarungen, die Rolland besonders anziehen. Er hat an Michaelangelo und Beethoven derartige Liebhaber der Seelenforschung, die der edlen

Neugier des Beichtvaters verwandt ist, gleicherweise geübt. Solche Werke der Lebensbeschreibung nennt er die heroischen Biographien. Es gibt zum Erkennen des dichterischen Genies, des Kunstgenies überhaupt, aber noch andere Reichtümer, die etwas den Sieg des Formbildenden und gestaltenden Phantasten angehen. Rolland weiß natürlich von diesen Dingen sehr viel, aber er vernachlässigt sie mit Absicht.

So zieht er die stülfche Jüngling zu dem genialen Tolstoi groß. Er predigt für ihn. Er kritisiert kaum. Die Leidenschaft, die er schmelzenden Geistes in schriftstellerischen Arbeiten gewann, behält er ihn, dieses verworrene, sehr dunkle Tolstolanische Menschentum zu meistern und posthumlich darzustellen. Da außerdem Rollands schöne, geachtete Persönlichkeit hinter dem Buche stark zu spüren ist, wurde der russische Meister und Jünger vorzüglich entbült. Es war verdienstvoll, „Das Leben Tolstois“ deutsch herauszugeben. Für Ritten u. Voening in Frankfurt a. M. besorgten das Wilhelm Herzog, der den Vester literarisch auf Rolland einstellt, und D. R. Eploster, der ergebene Uebersetzer ins Deutsche m. h.

Gedante, daß du ein Unherr bist! Wer oft hört man junge Leute sagen: „Es geht niemanden etwas an, was ich mit meinem Körper anfangel!“ Aber eben diese jungen Leute sind doch stolz auf ihren Körper in seiner Vollkraft blühender Gesundheit. Und wenn verdanken sie diesen? Nicht etwa sich selbst, sondern ihren Eltern und Voretern, die sich ihrer Verantwortung gegen das kommende Geschlecht bewußt waren und die ihren eigenen Körper gesund erhellten zur Erzeugung einer tüchtigen Nachkommenschaft. Wir sehen daraus, daß der einzelne nicht der freie, unumschränkte Herr seines Körpers ist, sondern daß er dieses Gut seinen Vätern verdankt und ihnen dafür Rechenschaft schuldig ist. Aber auch seine Nachkommen, sofern er solche erzeugt, können von ihm fordern, daß er ihnen mindestens ebensowohl an Kraft und Gesundheit übermittle, als er selbst von den eigenen Vorfahren ererbt hatte. Diese doppelte Bindung wird heutzutage leider viel zu wenig ernst genommen, zum Schaden der künftigen Generation, zum Schaden des ganzen Volkes! Wer darum gesunde, lebenskräftige Zukunft erstrebt, darf an den Fragen der Rassehygiene und damit in erster Linie an den Fragen der Einzeihygiene nicht gleichgültig vorübergehen, der muß vor allem in seiner eigenen Lebensführung den Beweis erbringen, daß er sich der Verantwortung gegen Vor- und Nachwelt in vollem Umfange bewußt geworden ist.

Schähe aus Schlangenhaut. Die teuren Lederpreise von heute, die das Kaufen der Schuhe zu einem so empfindlichen „Überflus“ machen, lassen uns mit Reid auf den Rollen blicken, der einfach auf die Schlangenhaut geht, wenn er ein Paar neue Schuhe braucht. Die Schlangen, die auf der maledischen Halbinsel zum Zwecke der Verarbeitung für Schuhe benutzt werden, sind meistens Riesenschlangen, und es ist für den Eingeborenen gar keine schmerzhafte und gefährliche Aufgabe, im Dschungel sich das nötige Leder zu verschaffen; ja, so mancher macht sogar aus der Schlangenhaut ein einträgliches Geschäft. Die maledischen Riesenschlangen hat eine schöne starke Haut, erlangt eine Größe bis zu 30 Fuß und ist leicht zu fangen. Die Exemplare müssen freilich lebend erbeutet werden; tote Tiere sind nutzlos, da das Rezipil unmittelbar nach der Tötung

Brotverbilligung durch „Aufklärung“.

Die Wirtschaftliberalen und die Brotteuerung.

Laisssez faire, laisssez aller — gehen lassen, treiben lassen, in diesem Satz erschöpfte sich jahrzehntelang die Weisheit des wirtschaftlichen Liberalismus. Der Staat sollte die Handelsleute und Fabrikanten nicht in ihren Profitten stören, ihm blieb, wie Lassalle mit treffendem Spott gesagt hat, die „Nachwächterkontrolle“. Die Lehre, daß der Staat nicht in wirtschaftliche Verhältnisse eingreifen dürfe, hat längst gründlich Schiffbruch gelitten, so daß sie selbst von den Liberalen aufgegeben wurde. Aber im Kampf gegen die Zwangswirtschaft scheint er zu neuer Blüte kommen zu sollen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der wirtschaftlich liberalen Volkspartei, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der ungeheuren Preissteigerung des Brotgetreides. Daß der Brotpreis ungeheuer gestiegen ist, daß diese Preissteigerung neue Lohnforderungen, neue wirtschaftliche Kämpfe und damit schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftswesens zur Folge haben muß, gibt die „D.A.Z.“ gelassen zu. Aber gegenüber dieser Gefahr hat sie nichts als ein fatalistisches Aufselzucken, ein Lächeln „Da ist halt nichts zu machen“. Hören wir die liebe Weisheit:

Sucht man nach den Gründen dieser gewaltigen Steigerung der Getreidepreise, so braucht man sich nicht lange umzusehen. Einer der hauptsächlichsten preissteigernden Faktoren ist naturgemäß das anhaltende Steigen der Devisenkurse, namentlich des Dollars und des Goldens, welche beiden Zahlungsmittel für den Getreideimport hauptsächlich in Frage kommen. Da Getreide ein Welthandelsartikel ist, und ein Teil der Getreidewirtschaft bei uns bekanntlich dem freien Handel überlassen ist, so ist es kein Wunder, daß auch die inländischen Getreidepreise das Bestreben haben, nach Möglichkeit den Weltmarktpreis zu erreichen. Es ist das ein Vorgang, der in den Gesetzen der Wirtschaft begründet ist, und gegen den mit verwaltungsmäßigen Mitteln unter keinen Umständen anzukämpfen ist.

Wir buchen zunächst aus diesen Sätzen das Zugeständnis, daß die katastrophale Preisentwicklung auf dem Getreidemarkt eine Folge des freien Handels ist. Weiter machen wir auf folgendes aufmerksam: An der Teuerung ist nach der „D.A.Z.“ in erster Linie das Steigen der Devisenkurse schuld. Gerade während dieses geschrieben wird, ist der Dollar in abermaligen sprunghaften Emporschnellen. Bei ungehörtem Gehenslassen der Dinge muß also die jetzige Teuerungswelle durch eine zweite, noch viel größere überholt werden. Die „D.A.Z.“ aber weiß zu alledem nichts zu sagen, als daß sich dagegen nichts machen ließe, und schreibt:

Wir sind der Ansicht, daß das hiermit gestellte Verlangen (gemeint ist das Verlangen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Red. d. „Vorwärts“) von der Regierung einfach nicht erfüllt werden kann. Ein Eingehen der Regierung auf die Forderung der Sozialdemokratie würde nichts anderes bedeuten als eine neue Befestigung der Zwangswirtschaft, mit deren Abbau wir ja glücklicherweise beschäftigt sind.

Damit ist die Kasse aus dem Saal. Ein Einwirken auf die Getreidepreise zu deren Niedrighaltung ist gar nicht so unmöglich, wie die „D.A.Z.“ anfänglich tut. Man will nur das Mittel nicht haben: die Zwangswirtschaft. Der Häuptling des Landbundes, Herr v. Wangenheim, hat dieser Tage in einer Versammlung die großmütige Versicherung abgegeben, daß die Landwirtschaft gar keine hohen Preise, sondern nur „angemessene“ Preise haben wolle, und die Schuld an der Verteuerung dem Handel zugeschoben. Da uns die „D.A.Z.“ — und dies mit völligem Recht — darüber aufklärt, daß der freie Handel die natürliche Tendenz hat, die Preise zur Weltmarktschöhe hinaufzutreiben, so ist diese Versicherung nichts als Heuchelei im Munde eines Mannes, der wie ein Löwe für den freien Handel und gegen die Zwangswirtschaft kämpft. Will man wirklich angemessene Preise, so

abgehütet werden muß, denn nur so wird ein brauchbares Leder erlangt. Alles, was man zum Tona dieser Riesenschlangen braucht, ist ein unien gegabelter Stoch, eine Schlinge und eine starke Stange. Wenn er sein Opfer erspäht hat, legt ihm der Eingeborene den gegabelten Stoch fest hinter den Kopf und nagelt das Tier so gleichsam auf den Boden fest. Die Schlinge wird dem Tier dann über den Kopf geworfen, und nun windet die Schlange sich selbst rund um die Stange, worauf sie der Kuli nach der nächsten Stadt trägt und sie dem Abhüter überantwortet. Da die Riesenschlangen große Freßer sind und sich meist im Zustand völliger Sättigung befinden, sind sie sehr schwerfällig, und man kann ohne Gefahr mit ihnen hantieren. Ganz anders freilich ist das Bild der Schlangenjagd, wenn ein anderes Reptil auf dem Schauplatz erscheint, nämlich die Kobra. So verächtlich und gleichgültig der Eingeborene die Riesenschlange behandelt, so furchtbare Angst hat er vor dieser Giftschlange, die die schlimmste Gefahr des Dschungels darstellt.

Die Kirchen in den Vereinigten Staaten. Den mannigfachen Kirchen, die in den Vereinigten Staaten vertreten sind, gehören im verflochtenen Jahre 45 097 199 Personen an gegen 41 926 854 im Jahre 1916. Die Kirchen bilden 233 104 Gemeinden mit 200 090 Geistlichen. Von den ausdrücklich als Kirchenmitgliedern verzeichneten 45 097 199 Personen gehören 17 885 646 der römisch-katholischen Kirche an, wobei sämtliche katholisch getauften mit eingerechnet sind; die protestantischen Kirchen zählen hingegen nur die Kommunikanten. Die 50 im (protestantischen) Bundesrat der Kirchen zusammengeschlossenen Glaubensgemeinschaften haben insgesamt 19 933 118 Mitglieder, während sie die Seelenzahl ihrer Parochien auf 55 812 722 beziffern. Jüdische Gemeindeglieder wurden 1 120 000 gezählt (bei einer gesunden jüdischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von 3 800 000); der orthodoxen Kirche gehören an 411 034 Mitglieder und der Gemeinde der Heiligen vom letzten Tage (Mormonen) 1 648 170 Mitglieder. Von den protestantischen Kirchen sind nach Gemeindegliedern gerechnet die stärksten die Baptisten mit 7 853 250, die Methodisten mit 7 797 691, die Lutheraner mit 2 468 645 und die Presbyterianer mit 2 384 683 Mitglieder. — Und alle diese Kirchen existieren in voller Unabhängigkeit vom Staate — eine Vorlesung, die dem heutigen Normalpolitiker immer noch eine Angelegenlichkeit erscheint.

Wasserkraft. Das Böhmer-Dröcker verankert am Sonntag, 7. Uhr, im Böhmer-Saal einen Langmischenabend. — Die Große Volkstheater bringt Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Theater des Weltens nochmals Wagner's „Lohengrin“ zur Aufführung.

Ein Krankheitsfall wird Sonntag mittags 12 Uhr im Institut für Sexualwissenschaft (Sitzung in den Zellen 9 a) als Vortragsthema für Vorkursanten erörtert. Die leitenden Ärzte des Instituts werden Anreden halten.

Die Hauptkassette des Westin und die Oberkassette wurde am Donnerstag durch Staatssekretär Schulz in ihre neu geschaffenen Diensträume in der früheren Reichsbank des ehemaligen Senatsgebäudes eingezogen. Der Zugang ist Wolfstr. 7.

Die Zukunft des Goethe-Pavillon. Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde des Franziskaner Goethe-Pavillon ein Schreiben, worin er die Auflösung auspricht, daß es gelingen werde, das Gebäude einer der Wächter unseres Volkes auf einige Jahre hin zu sichern und zu erhalten. Aus dem Dispositionsfonds des Reichspräsidenten sind 10 000 M. überwiesen worden.

gibt es nur ein Mittel, daß nämlich der Staat diese angemessenen Preise diktiert und ihre Uebertretung bestraft. Aber eine solche Beschränkung ihrer heutigen Riesengewinne wollen weder Landwirtschaft noch Handel haben. Deshalb suchen sie dem Volk einzureden, daß die Preissteigerung unabwendbares Fatum sei.

Man wartet mit einiger Spannung auf die positiven Vorschläge, die die „D.A.Z.“ selber machen wird, um die von ihr erkannten katastrophalen Wirkungen der Brotpreissteigerung abzumwenden. Und was findet man? Wütende Ausfälle gegen die Erfüllungspolitik und die weise Mahnung, Aufklärungsporträge zu veranstalten. Ja, wirklich, man lese:

Wenn man daher etwas gegen die Preissteigerung des Brotes tun will, dann wäre es dies: Aufklärung der Arbeiterbevölkerung in der ganzen Welt über den Wahnsinn des Versäcker Friedensvertrages und seiner nachfolgenden Verträge.

Die Aufklärungsarbeit an der Arbeiterbevölkerung der Welt hat die Sozialdemokratie sicher mit größerem Eifer und Erfolge betrieben als die volksparteilichen Hurrapatrioten. Unser Erfolg würde größer sein, wenn der Erfüllungspolitik des Kabinetts Birch nicht durch die Hintertür der „D.A.Z.“ ständige Schwierigkeiten bereitet würden. Verlangt die „D.A.Z.“ von der werktätigen Bevölkerung, daß sie im Innern Deutschlands tatlos auf die Erfolge jener Aufklärung warten und bis dahin geduldig das unerwünschte Brot bezahlen soll, so ist das die frecheste Zumutung, die wir jemals in einem wirtschaftlich liberalen Blatt gelesen haben. Wir bezweifeln stark, daß der supergescheite Leitartikel der „D.A.Z.“ selber an seinen Vorschlag glaubt. Seine Worte enthüllen in Wirklichkeit den geistigen und moralischen Bankrott der Zerstörer der Zwangswirtschaft, die nun vor den Früchten ihres Tuns stehen.

Endlich geflogen!

Der deutschnationale Landrat von Schulze-Bestum ist endlich seines Amtes enthoben worden. Damit, so schreibt die S.R., hat einen Mann sein Schicksal erreicht, der längst zum Abfliegen reif gewesen wäre.

Als im Jahre 1919 nach der Revolution die Zeiten des Prinzen von Radibor und Corvey als Oberpräsidenten von Westfalen abgelaufen waren und der Name seines Nachfolgers, Dr. Wärmeling, noch nicht bekannt war, unternahm der Herr Landrat des Landkreises Hamm den Versuch, die Befehung des Oberpräsidentenpostens journalistisch zu beeinflussen. Er schrieb also einen Artikel über die Leute, die er als Kandidaten für diesen Posten mutmaßte, und legte darin von dem demokratischen Oberbürgermeister Cuno-Hogen, man wisse nicht, ob dieser Demokrat im Lager der Mehrheitssozialisten oder der Unabhängigen stünde; vom Reichskommissar Reichlich, er verstände vielleicht etwas von der Journalistik oder sonst nichts; von dem Dortmunder Rechtsanwalt Dr. Frank, man wisse nicht, ob er nicht das einträgliche Gewerbe der Verteidigung der Damen vom horizontalen Gewerbe dem Posten des Oberpräsidenten vorzöge; und endlich von Karl Severing, daß bei ihm nur das eine zweifelhaft wäre, ob seine Eitelkeit seine Unfähigkeit übertrasse oder umgekehrt. Dieser treffliche Landrat hatte aber zum Unterschied vom Staatskommissar Reichlich keine journalistischen Fähigkeiten. Denn das Manuskript, das natürlich anangemessen dem Dortmunder sozialdemokratischen Parteibüro, das diesen Erguß einer schönen Seele mit Autogramm abdruckte.

Aber dieser Zwischenfall hat dem Landrat von Schulze-Bestum nicht geschadet. Die von ihm Beschimpften haben sich nicht getroffen gefühlt. Der wackere Monarchist wäre wohl noch lange Landrat geblieben, wenn ihm nicht im vergangenen Jahre ein neues Mißgeschick widerfahren wäre. Er bestellte telephonisch die Leiter des Landbundes seines Kreises zu sich und entwickelte ihnen einen großen Plan, wie er ihnen — entgegen allen Gesetzen und Anweisungen der Regierung — Waffen verschaffen werde, damit sie einen bewaffneten Selbstschutz bildeten. Die also angerufen dankten für das Vertrauen, erwiderten aber, daß sie davon keinen rechten Gebrauch machen könnten; der Herr Landrat müsse sich getrrt haben, die erschienenen Herren seien nämlich der Vorstand des Reichsbundes der Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Tableau! Der Herr Landrat hatte sich in der Telephonnummer getrrt und statt des Reichslandbundes den Reichsbund der Kriegsschädigten zu sich zitiert.

Nun gab es lange Untersuchungen, aber schließlich hat dieser Landrat der alten Schule doch „weg von der Futtertrippe“ müssen.

Die Fluktuation in der Schutzpolizei.

Gefängnisstrafen oder wirtschaftliche Bindung?

In der Schutzpolizei Preußens und anderer deutscher Länder hat sich in der letzten Zeit eine außerordentlich starke Fluktuation bemerkbar gemacht, die eine Gefährdung des gesamten Apparats bedeutet. Die starke Beschäftigung der Industrie und des Handels, die dort gezahlten Gehälter und Löhne waren für eine ganze Reihe von Schutzpolizisten Anreiz genug, um ihre Beamtenverhältnisse zu lösen. Wo diese Lösung von seiten des Staates mit Rücksicht auf die zwölfjährige Dienstverpflichtung nicht bewilligt wurde, ist es auch vorgekommen, daß Schutzpolizisten eigenmächtig ihrem Dienst fernblieben mit der Absicht, auf disziplinarischem Wege ihre Entfernung aus der Schutzpolizei zu erreichen. In einigen Beamtenkörpern ist die Zahl der Ausscheidenden so stark geworden, daß das Einrüden eines nur mangelhaft geschulten Nachwuchses die Qualität der betreffenden Formationen stark herabgedrückt hat.

Es ist klar, daß solche Zustände Abhilfe verlangen. Darüber ist sich auch das preussische Ministerium des Innern im klaren. Aber der Weg der Abhilfe, für den man sich entscheidet hat, muß starke Bedenken erwecken. In einem von Staatssekretär Freund gezeichneten Schreiben hat das Ministerium beim Reich beantragt, für das Ausscheiden ohne Genehmigung aus dem Polizeidienst Gefängnisstrafen einzuführen. Der hauptsächlichste „Fahnenkämpfer“ Paragraphe soll folgenden Wortlaut haben:

„Wer unter Bruch seiner zwölfjährigen Dienstverpflichtung dem Dienst über 4 Wochen fernbleibt oder während eines Auftrags den Dienst eigenmächtig über 3 Tage verläßt oder in dieser Zeit den Gehorsam verweigert, wird mit Gefängnis bis zu bestraft. Ist der Täter durch Gehorsamsentscheidungen oder sonstigen Vorfalls seitens Dritter zu dem Vergehen bestimmt worden, so beträgt die Gefängnisstrafe nicht unter“

Wir glauben, daß mit einer derartigen Strafvorschrift der beachtliche Zweck nicht erreicht wird. Eine nur mit Gefängnisstrafe zusammengesetzte Schutzpolizei wird kaum den Geist in sich tragen, den man von ihr verlangen muß. Der Reim des Liebes wird durch Strafvorschriften nicht befestigt, er liegt an anderer Stelle: die Schutzpolizisten, die jetzt in der Privatwirtschaft unterkommen suchen, sind sich selber wohl kaum im unklaren, daß die gegenwärtige günstige Konjunktur nicht anhalten wird. Wenn sie gleichwohl ein ungewisses Schicksal dem Verbleiben in der Schutz-

polizei vorziehen, so liegt das daran, daß sie über ihr künftiges Schicksal auch als Schutzpolizisten im ungewissen sind. Es sind durchaus nicht die schlechtesten Beamten, die ausscheiden, sondern oft solche, die an sich Lust und Neigung zum Polizeiberuf haben, aber befürchten, daß sie nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstverpflichtung den Beruf dennoch werden wechseln müssen. Diese Leute wird man nicht durch Strafen an die Schutzpolizei fesseln, sondern indem man ihnen die beruhigende Gewissheit gibt, daß der jetzt von ihnen angestrebte Berufswechsel nicht nach zwölf Dienstjahren unter vielleicht viel ungünstigeren Bedingungen doch von ihnen vollzogen werden muß. Die Aussicht auf eine gesicherte Zukunft dürfte nicht nur ein stärkeres, sondern auch wertvolleres Bindemittel sein als die Drohung mit einer Gefängnisstrafe.

Neue Sensationsmeldungen, die der „Tag“ über angeblich geplante Entlassungen führender Offiziere bei der Schutzpolizei bringt, sind nach Meldung der P.N. teils erfunden, teils übertrieben.

Beamtengehälter und gleitende Skala.

Der Beamtenauschuß des Reichstages hat einen Unterausschuß eingeseht zur Prüfung der Frage einer automatischen Anpassung der Beamtengehälter an den Geldwert. Der Unterausschuß berichtigte gestern, daß er einstimmig empfehle, die Einführung einer gleitenden Gehaltskala möglichst bald vorzunehmen. Ueber die Einzelheiten konnte sich der Unterausschuß jedoch noch nicht einigen.

Ministerialrat Kühnemann teilte mit, daß die Vorlage über eine Neuregelung der Grundgehälter der Beamten so früh erfolgen werde, daß ihre Inkraftsetzung zum kommenden 1. April möglich sei. Die Einführung einer gleitenden Skala bis zu demselben Termin sei aber nicht möglich. Das Reichsfinanzministerium sei der Ansicht, daß die Einführung einer gleitenden Skala nur dann erfolgen könne, wenn sie sich zugleich auf die Arbeiter und Angestellten der Reichsverwaltung erstreckt. Die Verhandlungen über diese Frage mit den Gewerkschaften seien auf den 10. März angelegt. Der Ausschuß beschloß nach längerer Debatte, einen Meinungsabtausch darüber herbeizuführen, wie sich die Fraktionen des Reichstages zu der Frage der gleitenden Gehaltskala stellen.

Am 23. Ausschuss des Reichstages fragte am Freitag der Abg. Bender (Soz.), wie es mit der Neuregelung der Bezüge für die Beamenschaft, die Angestellten und die Arbeiter des Reiches stehe. Es wurde geantwortet, daß am Mittwoch kommender Woche über den Stand der Gehalts- und Lohnfrage im Ausschuss Auskunft gegeben werde, am Donnerstag würden die Ressortminister dazu Stellung nehmen, und am Freitag seien Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Der Magistrat vor dem Schiedspruch.

Um seine Stellung gegenüber den Lohnforderungen der städtischen Arbeitnehmer zum Ausdruck zu bringen, läßt der Magistrat durch WTB. eine Rundgebung verbreiten, die sich „gegen mehrfache irrtümliche Ausführungen“ in der Presse richtet. Nach diesen Pressemeldungen habe der Magistrat den städtischen Arbeitern Zugeständnisse gemacht und hege die Hoffnung, anstatt der geforderten Erhöhung des Stundenlohnes um 7,50 M. mit einer Stundenlohnzulage von 5 M. auszukommen. Diese Annahme sei völlig irrig. Bei der Lage der städtischen Finanzen könne von einer derartigen Erhöhung der Stundenlöhne keine Rede sein. Bei einer Zulage von 5 M. und unter Bewertung der sozialen Leistungen des Manteltarifs mit etwa 20 Proz. des Lohnes würde der Stundenlohn eines ungelehrten ledigen Arbeiters 16,53 M. und der eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern 18,88 M. betragen, mehr als im Handel und Industrie und vom Reiche gezahlt werde. Die städtischen Arbeiter würden dann den entsprechenden Klassen der Reichs-, Staats- und städtischen Beamten im Lohn weit voraus sein. Eine solche Bevorzugung der städtischen Arbeiter sei bei der Finanzlage Berlins nicht zu rechtfertigen. Der Magistrat habe überhaupt keine Zugeständnisse gemacht, sondern den Reichsarbeitsminister gebeten, einen Schlichtungsausschuß einzusetzen.

Die Not der Kriegsoffer.

Der 19. Ausschuss des Reichstages besprach am Freitag die Teuerungsmassnahmen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erläuterte die bisher getroffenen Massnahmen des Reichskabinetts und berichtete über die vom 20. und 23. Februar mit den Organisationen geführten Verhandlungen. Er erklärte gleichzeitig, daß die Regierung bereit sei, die Teuerungszulagen zu erhöhen. Ob dies auf dem Wege der Verwaltung oder dem der Gesetzgebung erfolgen solle, sei den Organisationen überlassen worden. In der Mehrheit entschieden sich die Organisationsvertreter für eine gesetzliche Regelung. In der anschließenden Aussprache wurde allgemein einer sofortigen Hilfe für die Kriegsoffer zugestimmt.

Die sozialdemokratischen sowie Vertreter anderer Parteien gaben ihrer Bewunderung darüber Ausdruck, daß die Deutsche Volkspartei nicht im Ausschuss verzeilen war — der Abgeordnete Streiter erschien erst kurz vor Schluss der Sitzung — obwohl sie in der Donnerstagssitzung des Reichstages eine Interpellation über die Rentenerhöhung eingebracht hatte. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei gab bei allen Parteien zu der Vermutung Anlaß, daß es dieser Partei weniger auf die Not der Kriegsoffer, als auf einen parteiagitorischen Vorstoß ankomme.

Ledebour verunglückt.

Gestern spät abends wurde Genosse Georg Ledebour von einem Kadsfahrer auf dem Potsdamer Platz überfahren. Man brachte ihn mit einem offenen Unterschenkelbruch ins Krankenhaus. Wir wünschen dem alten Kämpfer baldige Genesung.

Fascisten siegen in Fiume.

Mailand, 3. März. (E.B.) Die Fascisten von Fiume, die Infolge der Einrichtung einer besonderen Polizei unter dem Regierungspräsidenten Zanella zum Angriff vorgangenen sind, haben den Regierungspalast eine Stunde lang bombardiert, bevor die von Zanella zu Hilfe gerufene italienische Staatspolizei eingreifen konnte. Mehrere umliegende Häuser wurden beschädigt, während der Regierungspalast den Angriffen widerstand. Ehemalige Legionäre und Fascisten haben Freitag morgen das Post- und Telegraphengebäude besetzt und sich der Verwaltung bemächtigt. Der Angriff auf das Regierungsgebäude dauert noch an. Die Schutzleute haben sich im Regierungsgebäude verbarrikadiert. Die Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, weshalb Einzelheiten fehlen.

Ugram, 3. März. (Mag. Tel.-Korr.-Bureau.) Der Gouverneur Richard Zanella mußte sich nach sechsstündigem heftigen Kampfe heute mittag ergeben und befohl sich in der Gefangenschaft des Faschisten.

Der schwedische Gesandte in Berlin, Dr. v. Plania, ist in Davos gestorben. Er hat sich den Dan! Deutschlands auch durch die Vertreibung der Interessen deutscher Bürger während des Krieges in Italien gesichert, wo er bis 1918 Geandter war. Der Reichspräsident hat der Familie ein herzliches Beileidstelegramm geschickt. Zum Nachfolger des Verstorbenen ist Herr Dr. Vogel ernannt.

Gewerkschaftsbewegung

Verhandlungen des städtischen Lohnkartells.

Am Donnerstag wurden die Verhandlungen des Lohnkartells mit dem Magistrat fortgesetzt, und zwar wurde diesmal über den Mantel- und Vergütungstarif der Angestellten verhandelt. Die Wortführer auf Arbeitnehmerseite waren Frh. Schmidt und Alfred Krüger vom Zentralverband der Angestellten. Ueber die Manteltarifbestimmungen wurde eine völlige Uebereinstimmung erzielt. Die Verhandlungen über die Gehaltsforderungen konnten nicht beendet werden. Im Laufe dieser Woche werden sie fortgesetzt. Die Forderungen der Angestellten lehnen sich an die in Reichs- und Staatsbetrieben ab 1. Januar 1922 für die Angestellten gezahlten Gehälter an. Die Jugendaltersklassen sollen festgelegt werden zwischen dem Beginn des 15. und der Vollendung des 18. Lebensjahres. Eine grundsätzliche Forderung ist die gleiche Bezahlung für gleiche Leistungen an Mann und Frau, wie sie in den Werftbetrieben und in den Tarifverträgen für Reich und Staat für die Angestellten durchgeföhrt ist. Bezüglich der Gruppierung der Angestellten nach Gehaltsklassen sind an Stelle der bisherigen vier jetzt fünf Gruppen vorgeschlagen, was den gemachten Erfahrungen Rechnung tragen soll. Die Magistratsvertreter gaben die Erklärung ab, daß sie sich in der Zwischenzeit mit der Deckungsfrage beschäftigen werden. Es kann damit gerechnet werden, daß die Verhandlungen Anfang der nächsten Woche zum Abschluß kommen und die Angestellten Mitte der Woche in einer besonderen Versammlung zu dem Ergebnis Stellung nehmen können. Die Ortsgruppe der F. A. b. b. bittet ihre Kollegen, irgendwelchen anderen Berichten keine Bedeutung beizumessen.

Arbeitszeit und Ministerpräsident.

Als die Unternehmer mit Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufhebung des Gesetzes über die 44-Stunden-Woche forderten, entgegnete der Ministerpräsident: „Außer der Entwicklung der Industrie gibt es auch noch einen anderen Faktor, den man nicht vergessen darf. Diejenigen, welche an dem Krieg teilnahmen, waren fest überzeugt, daß daraus eine bessere Welt entstehen würde. Was werden sie jetzt denken, wenn sie nun 10—12 Stunden im Tag für herabgesetzte Löhne arbeiten müssen? Das Volk hält die Arbeitszeit von 44 Stunden in der Woche für angemessen und so denkt die Regierung nicht daran, das Gesetz abzuändern.“

Im Hinblick auf die Bestimmungen in Deutschland, den Achtstundentag zwar formell bestehen zu lassen, ihn aber durch Ausnahmebestimmungen zu beseitigen, den Begriff der Arbeitszeit in Arbeitsbereitschaft und Arbeit zu zerlegen, ist diese Auslösung eines Ministerpräsidenten sehr beachtenswert. Freilich, in einem europäischen Kulturlande wäre ein solcher Ministerpräsident nicht gut denkbar. Das ist nur möglich in einem so wilden Lande wie Australien, wo sich dieser „unerhörte“ Vorgang zutragen hat. Nur dort scheint man die Rücksichtslosigkeit gegenüber den bedrängten Unternehmern soweit zu treiben, ihnen die Interessen des Volkes entgegenzusetzen. Dabei zu beachten ist, daß die Unternehmern der Staatsaufsicht die Verlängerung der Arbeitszeit von 44 auf 48 Stunden, nicht etwa die Beseitigung des Achtstundentages forderte wie die deutschen Unternehmer.

Bauarbeitermangel.

Am 24. Februar fand in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerverbände, Vertretern einer Reihe von Landesbauverwaltungen und der Behörden unter Vorsitz des Herrn D. Spruy, Präsidenten des Reichsanwalts für Arbeitsvermittlung, statt, um Stellung zur Frage des Bauarbeitermangels zu nehmen. Die Berichte ergaben, daß die bisherigen Bemühungen um Heranziehung von Bauarbeitern über gelegentliche lokale Erfolge nicht hinausgekommen sind. Es wurde allgemein anerkannt, daß auch die bevorstehende Bauzeit in den meisten Teilen Deutschlands einen nicht zu deckenden Bedarf an Bauarbeitern zeigen werde, und daß versucht werden müsse, diesen Mangel soweit irgend möglich zu beheben, um im allgemeinen Interesse die Baumöglichkeiten soweit ausnützen zu können, wie Baugelder und Baumaterialien zur Verfügung stehen. War man auch über das Ziel einig, so gingen die Meinungen über die zur Behebung des Bauarbeitermangels einzuschlagenden Wege auseinander. Die Arbeitervertreter betonten mit Recht, daß das einzig durchgreifende Mittel eine stärkere Behringshaltung sei, die sich jedoch nur dann erreichen lasse, wenn sich die Innungen von den allüberkommenen Anschauungen freigemachen und sich bereit erklären, durch Tarifvertrag mit den Verbänden eine genügend hohe Entschädigung der Behrlinge zu sichern. Leider sind gerade an dieser Forderung die letzten Verhandlungen über den Reichstarif gescheitert. Die Zurückführung ehemaliger Bauarbeiter, die unterkommen in anderen Industrien gefunden haben, hat bisher geringen Erfolg gehabt, weil das Baugewerbe mit seiner häufigen Arbeitsunterbrechung keinen Anreiz bieten konnte. So sind nach den behördlichen Feststellungen von etwa 9200 Bauarbeitern, die nach Kriegsschluß im Eisenbahnbetrieb unterkamen, nur 280 wieder zum Baugewerbe zurückgekehrt. Der Vertreter des Verkehrsministeriums erklärte, daß unter den demnächst zur Entlastung des Eisenbahnbetriebes zu entlassenden über 20 000 Arbeitern in erster Linie ehemalige Bauarbeiter betroffen werden. Demgegenüber betonten die Arbeitervertreter, daß eine zwangsweise Zurückführung nur erbitternd wirken würde, ohne das gewünschte Ziel zu erreichen. Notwendig sei, durch bessere Verteilung der Bauvorhaben, namentlich durch alle Behörden, dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiter nicht zum unfreiwilligen Feiern gezwungen sind. Die Umschulung von ungelerten Bauarbeitern, eventuell auch anderen Arbeitern zu Bauarbeitern ist bisher ohne Erfolg geblieben. Findet die Umschulung auch allgemein Zustimmung, so zeigt sich doch an einzelnen Orten ein erheblicher Widerstand, bald bei den Arbeitern, bald bei den Unternehmern. Heute sind Träger der Umschulungsmahnahmen die einzelnen Landesbauverwaltungen, die zu sehr unterschiedlichen Regelungen kamen. Bei der Besprechung wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß nur die Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter im Bauwesen Träger der Umschulungsmahnahmen sein können, wenn diese Mahnahmen zu einem wirklichen Erfolg führen sollen. Es wurde bedauert, daß das Reichsarbeitsministerium nicht bereits im Spätherbst des Vorjahres die von den Bauarbeiterverbänden vorgeschlagene

gemeinsame Beratung der Richtlinien in die Wege geleitet hat. Es wurde eine Kommission von je fünf Vertretern der Unternehmer und Arbeiterorganisationen eingesetzt, die schnellstens in Verbindung mit dem Reichsanwaltsamt für Arbeitsvermittlung die für die Umschulung nötigen gemeinsamen Richtlinien festsetzen soll, betreffend Lehrdauer, Lehrvertrag, Ueberwachung der Lehre, Entlohnung der Umschulenden, Entschädigung an den Lehrmeister, bezirkliche und örtliche Gliederung der Mahnahmen usw. Hoffentlich gelingt es nunmehr, die zur Behebung des Bauarbeitermangels dringend notwendigen Mahnahmen baldigst durchzuführen.

Neuzeitige Kampfmethoden bestreifter Arbeitgeber.

Seit drei Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Goldleisten-Industrie im Ausstand zur Erreichung auskömmlicher Löhne. Diese Arbeitergruppe hat es mit einem schwerreichen und äußerst rigorosen Arbeitgeberverbum zu tun. Die Lohnverhältnisse dieser Industrie sind die denkbar ungünstigsten, trotzdem waren die Bemühungen der Droonifation, menschenwürdige Entlohnungen zu vereinbaren, ohne Erfolg.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind jedoch fest entschlossen, den einmal durch die Arbeitgeber vom Jaun gebrochenen Streik zum günstigen Abschluß zu bringen und werden den Kampf in verstärkter Form weiterführen.

Der Inhaber der Firma Mack u. Man, namens Mack, Berlin, Wallstr. 57, hat zwei Streikposten, die gegen das Verladen von Streikarbeit protestierten, mit Schlagring und Totschläger niedergeschlagen, so daß einer der Streikposten noch heute an den Folgen dieser Mißhandlungen daniederliegt.

Ein Streikbrecher Richter, Reußlin, Prinz-Handjery-Straße 27, unterstützte diesen wildgewordenen Bourgeois und schlug ebenfalls auf die aus vielen Wunden blutenden Streikposten ein. Die Arbeitererschaft sei vor diesem Rombies gewarnt und wird sich diese Namen einzuprägen haben. Dieser Firma wird dennoch die Unterstützung der grünen Polizei geboten.

Achtung, Zimmerer!

Morgen, Sonntag, vormittags von 10—12 Uhr, findet die Vorstandswahl in den Bezirken statt. Die Wichtigkeit dieser Abstimmung erfordert die vollständige Beteiligung aller Kameraden, die es mit ihrer Gewerkschaftsorganisation ernst meinen. Als wirksame und für die Gesamtorganisation allein maßgebende Vertretung kommt nur die Richtung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Betracht, ganz besonders, nachdem die Moskauer Richtung im letzten Jahre so verhängnisvoll für die Zahlstelle gewirkt hat.

Es gilt eine klare Entscheidung, deshalb muß ein jedes Mitglied sein Wahlrecht ausüben und seine Stimme abgeben für die Kandidaten der SPD. und USPD. als Anhänger der Richtung Amsterdam.

Müssen die Schlichtungsausschüsse abstimmen?

Die Frage, ob die Schlichtungsausschüsse über vorliegende Anträge formell abstimmen müssen, wird vom Oberpräsidenten als Demobilisationskommissar für Groß-Berlin verurteilt. In einer Beschwergeschichte des Zentralverbandes der Angestellten, die eine Gesamtschlichtung betraf, führte als Unparteiischer ein Landgerichtsdirektor den Vorsitz. Nach einer sehr eingehenden Kammerberatung diktierte er dem Protokollführer einen Schiedsspruch, ohne formell über ihn abstimmen zu lassen. Auf eine diesbezügliche Beschwerde des F. A. b. b. Ortskartells vertrat der Demobilisationskommissar die Auffassung, daß die Verordnung vom 23. Dezember 1918 keinerlei Vorschriften enthalte, in welcher Weise sich der Verhandlungsleiter Gewißheit von der Stellungnahme der Beisitzer zu dem Beschwerdeanspruch zu verschaffen habe. Es soll sich bei der Erörterung dieser Frage nicht etwa nur um einen Streit über reine Formalitäten handeln. Die Gefahr liegt vielmehr nahe, daß bei einer Unterlassung der formellen Abstimmung in vielen Fällen das genaue Stimmenverhältnis nicht festgestellt werden kann. Dem Willen des Vorsitzenden wäre es dann überlassen, zu entscheiden, auf welche Weise er sich ein Bild von der Stimmung der Mehrheit der Beisitzer zu den vorliegenden Anträgen zu machen gedente. Die Art der Feststellung, welche Auffassung die Kammermehrheit zum Beschwerdeanspruch vertritt, sollte jedoch niemals der persönlichen Entscheidung des Vorsitzenden überlassen bleiben.

Eine solche Ansicht kann aber auch gar keine Stütze in der Verordnung über Schlichtungsausschüsse usw. vom 23. Dezember 1918 finden. Der § 17, Absatz 1 dieser Verordnung schreibt vor: „Die Schlichtungsausschüsse bzw. Verhandlungsleiter haben . . . stets zu verhandeln und abzustimmen.“ Hiernach ist die Abstimmung in der Kammer eine zwingende Gesetzesvorschrift, deren Nichtbeachtung berechtigten Grund gäbe, einem ohne formelle Abstimmung veränderten Schiedsspruch wegen Verletzung einer wesentlichen Formvorschrift die Gesehmäßigkeit zu nehmen. Diese Auffassung wird bestätigt durch den § 27, Absatz 4 der gleichen Verordnung. Hier heißt es: „Die Beschlußfassung über den Schiedsspruch erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.“ Erst durch die in der Kammer vorzunehmende Abstimmung ist der folgende Satz aus dem soeben herangezogenen § 27, Absatz 4 verständlich: „Stehen bei der Beschlußfassung über den Schiedsspruch die Stimmen sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber denjenigen sämtlicher Vertreter der Arbeitnehmer gegenüber usw.“ Das ist natürlich erst festzustellen bei der formellen Abstimmung bzw. der Auszählung der Stimmen, die für oder gegen den gestellten Antrag abgegeben werden.

Die Beisitzer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin werden daher zur genauen Durchführung der Verordnung vom 23. Dezember 1918 gebeten, sich besonders angelegen sein zu lassen, in jedem Streitfalle nach Beschluß der Kammerberatung auf eine formelle Abstimmung und Beschlußfassung zu bestehen.

Die Arbeitsnachweisangestellten.

In einer Versammlung am 1. März nahmen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitsnachweisangestellten Stellung zu der Antwort des Magistrats auf den von der Gewerkschaftskommission und vom F. A. b. b. Ortskartell im Dezember v. J. eingereichten Tarifvertrag. Nach reichlich 4 Wochen teilte die Tarifdeputation mit, daß die eingeleiteten Erhebungen noch immer nicht zum Abschluß gekommen sind. Nach mehrmaligem Drängen der Gewerkschaftsvertreter wurde am 27. Februar mitgeteilt, daß „der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf zur Regelung des Arbeitsnachweiswesens auch auf das Beschäftigungsverhältnis der in den Arbeitsnachweisen tätigen Angestellten von Einfluß sein wird. Daher sei es nicht zweckmäßig,

zurzeit eine anderweitige Regelung der Beschäftigungsverhältnisse vorzunehmen.“

Was soll diese Antwort? Zweck des Tarifvertrages ist insbesondere, für die Angestellten der Arbeitsnachweise eine Bezahlung zu erreichen, die mit den Lebensverhältnissen in Einklang steht. Die gegenwärtige Bezahlung ist längst überholt und bleibt mit der fortschreitenden Teuerung immer weiter zurück. Die Befugnis des Arbeitsnachweisgesetzes, die vielleicht erst im Herbst erfolgt, hat aber mit den gegenwärtigen Lebensverhältnissen der Arbeitsnachweisangestellten nichts zu tun. Rednet der Magistrat vielleicht damit, daß die „Beamisierung“ des Arbeitsnachweises Gesetz wird? Die freien Gewerkschaften haben stets zum Ausdruck gebracht, daß sie sich einer Bureaufratifizierung der Arbeitsnachweise entgegenstemmen werden. Die Arbeitsvermittlung kann nicht nach bürokratischem Schema erfolgen. Soll der Arbeitsnachweis wirklich arbeiten und sollen Zusammenstöße mit Arbeitslosen vermieden werden, so kann die Vermittlung nur vor sich gehen durch Personen, die in den Arbeitslosen ihre Berufskollegen sehen und die eingehende Kenntnis von Betrieben und Betriebsformen besitzen.

Auch im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats herrschte Einstimmigkeit darüber, daß den zur Mitwirkung bei den Arbeitsnachweisämtern usw. berufenen Interessensvertretungen der größtmögliche Einfluß gesichert werden muß, um die Arbeitsnachweiseinrichtungen vor Bureaufratifizierung zu schützen. Weiter sei vom Arbeitsvermittler Sachkenntnis auf dem Gebiete der Vermittlung und Vertrautheit mit dem Fach zu fordern.

Die Arbeitnehmervertreter forderten einstimmig, daß Geschäftsführer und Arbeitsvermittler grundsätzlich als Angestellte und nicht als Beamte zu behandeln und auf Privatdienstreue anzustellen sind. Von Regierungsovertretern wurde erklärt, daß das Streben der Regierung dahingehende, nicht Beamte hinzuzusetzen, wo sie nicht erforderlich sind.

Einstimmig wurde beschlossen, nochmals mit den Forderungen an den Magistrat heranzutreten. Es ist zu hoffen, daß der Magistrat bei den neuen Verhandlungen den Vertretern der freien Gewerkschaften ein so offenes Ohr schenkt, wie er es den Rombadeuten gegenüber getan zu haben scheint.

Streikbrecher müssen Schadenersatz leisten.

Ein interessantes Gerichtsurteil teilt das Industrieblatt „Journé Industrielle“ aus Lyon mit. Dort hatte eine Anzahl von Talararbeitern trotz des auf Streik lautenden Beschlusses der Generalversammlung der Gewerkschaft, der sie angehörten, weitergearbeitet. Die Gewerkschaft klagte gegen diese Mitglieder auf Schadenersatz wegen des Schadens, den ihre Haltung den übrigen Kollegen zugefügt habe.

Das Gericht entsprach dem Antrage und verurteilte die Arbeitswilligen zu Schadenersatz mit der Begründung, daß der Beitritt zu einer Gewerkschaft, der jedem freisteht, die Unterordnung unter ihre Satzung und Generalversammlungsbeschlüsse bedingt, daß jede Verletzung der übernommenen Vertragspflichten Anspruch auf Schadenersatz begründet, daß diese Grundzüge dem Gericht der heutigen Sozialgesetzgebung entsprechen, und daß die Haltung der Beklagten unbillig sowohl das Ansehen wie die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaft geschwächt und durch Verhinderung der Einigkeit der Arbeiter den Widerstand der anderen Seite gestärkt und damit zur Verlängerung des Konflikts beigetragen habe.

Es gibt noch Richter in Lyon!

Arbeitszeit der Staatsbeamten in der Schweiz.

Der Bundesrat beschäftigt sich zurzeit mit der Frage der Vereinfachung der Arbeitszeit für alle im Staatsdienste Beschäftigten. Dieselbe beträgt in der Verwaltung jetzt 44, in allen anderen Betrieben 48 Stunden. Man will auch die Arbeitszeit der Verwaltungsbeamten auf 48 Stunden wöchentlich festlegen. Ihr Arbeitstag soll dann im Sommer zeitiger beginnen und im Winter später enden als bisher. Zugleich soll der Bureaukschluß Sonnabends von 12 auf 1 Uhr mittags verlegt werden.

Vom Achtstundentag in Spanien.

Durch Verordnung vom 15. Januar 1920 wurden die unter dem Achtstundentaggesetz vom 8. April 1919 zulässigen Ausnahmen festgelegt, und zwar entsprechend den Bestimmungen des Instituts für Sozialreform. Da die Handlungsgesellen unter diesen Ausnahmen nicht genannt waren, klagte der Madrider Verband der Kaufleute und Industriellen, um ein Gerichtsurteil für die Beibehaltung des Achtstundentages vom 4. Juli 1918 für den Handel zu erwirken. Auf Verlangen des Verbandes der Angestellten stellte ihnen das Institut für Sozialreform einen Anwalt mit dem Erfolge, daß das Gericht die Verordnung für unzulässig erklärte. Damit bleibt auch für Handlungsgesellen der Achtstundentag gesetzliche Vorschrift.

Infolge einer Reihe von Beschwerden der Eisenbahngesellschaften erging eine Verordnung, welche bestimmt, daß die Zahl der bezahlten Rubetage 52 im Jahre nicht übersteigen darf, daß die durch Warten, Dienstbereitschaft, Fahrt von und zur Arbeit verwendete Zeit zwar als Ueberstunden, aber ohne Ueberstundenzuschlag bezahlt wird, und daß alle Bahnwärterinnen durch Männer ersetzt werden sollen, soweit es sich nicht um Frauen, Witwen oder Töchter von Eisenbahnern handelt.

Achtung, SPD-Delegierte zur Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes! Heute, abends 6 Uhr, im Lokal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Konferenz. Erscheinen unbedingt notwendig, da wichtige Tagesordnung.

Zentralverband der Angestellten. Montag abend 8 Uhr: Sozialwaren-Kleinhandel. Mitgliederversammlung im Reichstahns, Neue Königstr. 26.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Altko, Berlin-Nichtelfelder: für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Verlagrederei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 61200 1. Beilage.

M. SCHULMEISTER
KOTTBUSER TOR
Moderne, fertige Herrenkleidung
Feine Herren-Maßschneiderci
Einsegnungs-Anzüge

Edelster deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen a. Rhein

Vertreter: Carl H. Bitzenhofer, Berlin W 50, Fürther Str. 3 Fernsprecher: Amt Umland 524

Zur Messe in Leipzig: Zeissighaus, 3. Stock, Zimmer 227a

Wie Groß-Berlin geboren wurde.

Die Etappen auf dem Weg zur Großgemeinde.

Wenn man heute das wilde Getöse der Gegner eines einheitlichen Groß-Berlins hört, so könnte man, wenn man unbefangenen absetzt, zu der Ansicht kommen, der Vorgang der Eingemeindung an sich sei ein so ungewöhnlicher, noch nie dagewesener, daß er einfach nicht zu verantworten ist. Und tatsächlich wollen die Gegner Groß-Berlins bei den politisch Unerfahrenen auch diesen Eindruck erwecken. Es ist deshalb recht angebracht, einmal den Weg zu verfolgen, den die Fragen der Eingemeindung in Berlin seit bald einem Jahrhundert gegangen sind.

Drei Eingemeindungen von 1841—1881.

Seit dem Jahre 1841 bis zum Jahre 1881 haben dreimal Eingemeindungen stattgefunden. 1841 hatte die Stadt Berlin einen Flächeninhalt von nur 3511 Hektar. Im Jahre 1861 wurden die Ortsteile Moabit, Wedding, Gesundbrunnen, ein Teil von Schöneberg, einschließlich des Botanischen Gartens, und ein Teil von Tempelhoof zwischen dem Hallschen Tor und dem Kreuzberg, einschließlich diesem, der nördliche Teil der Hasenheide und ein Stück von Kirdorf eingemeindet. Die gewaltigste Zuwachs war, erhellt aus der Tatsache, daß sie dem alten Berlin mit seinen 3511 Hektar Umfang einen Zuwachs von 2412 Hektar brachte, so daß die Stadt 1861 insgesamt 5923 Hektar Flächeninhalt aufwies. Im Jahre 1878 kam der Hauptteil des Tiergartens mit 132 Hektar hinzu, und das Jahr 1881 brachte das Eingemeindungswerk zum vorläufigen Abschluß, indem es noch den übrigen Tiergarten, den Zoologischen Garten und den Bellevederepark mit zusammen 255 Hektar hinzufügte, so daß Berlin über einen Gesamtflächeninhalt von 6310 Hektar oder 63,10 Quadratkilometern verfügte. Zu einem Zeitpunkt also, an dem die Entwicklung zur Großgemeinde und zur Weltstadt mit aller Kraft einsetzte, fand die Eingemeindungstätigkeit ihr Ende.

Die Sozialdemokratie schon 1883 für Groß-Berlin.

Im Jahre 1883 zogen die ersten Sozialdemokraten: Singer, Lühauer, Herold, Ewald und Goerki in das Berliner Stadtparlament ein, und die sozialdemokratische Fraktion hat sich, wie Paul Hirsch in seinem Werk: „25 Jahre sozialdemokratische Arbeit in der Gemeinde“ ausführlich im Gegenjahre zu den bürgerlichen Parteien immer von dem großen Gesichtspunkt leiten lassen, das einheitliche Wirtschaftsgebilde Groß-Berlin auch zu einem einheitlichen kommunalen Gebilde zusammenzufassen. Da die Stadtgemeinde nicht daran dachte, von sich aus an Eingemeindungen heranzutreten, ergriff die Staatsregierung die Initiative, und unter dem 9. September 1891 erging von dem Oberpräsidenten Staatsminister von Tscherning an den Berliner Magistrat ein Erlaß, in dem der Magistrat ersucht wird, sich innerhalb zweier Monate darüber zu äußern, welche von den in der Nähe von Berlin liegenden Orten bei der Eingemeindung in Frage kommen würden. In einer gemischten Deputation wurde die Sache zwei Jahre lang verhandelt und endlich der Regierung eine Antwort erteilt, die sie nicht befriedigte. Die Regierung wollte nämlich ganz bedeutend eingemeinden, und zwar ganz Charlottenburg, große Teile von Wilmersdorf, Schöneberg, Tempelhoof, Kirdorf, die gesamten Bezirke von Treptow, Stralau, Borsig, Kummelsburg, Lichtenberg, Köpenick und eventuell auch noch Weißensee, Neu-Weißensee und Reinickendorf.

Als dann endlich mit sich und Krach Berlin so weit war, einen Teil des Regierungsprogramms anzunehmen, fand dann plötzlich die Regierung ein Haar in der Suppe; sie fürchtete in einem derart vergrößerten Berlin verlorener Einfluß der Sozialdemokratie, und die Eingemeindung unterließ.

Kommunale Zerissenheit.

In der Folgezeit hat die Sozialdemokratie unermüdet die Notwendigkeit und die verwaltungstechnische und finanzpolitische, die wirtschaftskulturelle, sozial- und verkehrspolitische Bedeutung eines Groß-Berlins betont. Wie recht sie mit ihren Mahnungen befehlt, beweisen die von Jahr zu Jahr unhaltbarer werdenden Zustände, die leider nicht mehr so klar, wie sie sollten, in der Erinnerung sind. Da war z. B. das üble Verbot des Wohnens von Lehrern und Beamten in den Vororten, das völlige Durcheinander und Gegeneinander der Verkehrseinrichtungen, die fortgesetzten Kämpfe gegen die Doppelbesteuerungen, die rücksichtslose Interessenspolitik der Hausagrarier und als deren Folge das unaufrichtige Vordringen der in der ganzen Welt über bekannten Berliner Mietskafenern auch in die Außenvororte, die grotesken Zustände der verschieden gearteten polizeilichen

Badenschliff-Verordnungen usw. ufm. Dazu nicht weniger als 75 verschiedene Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte. Als Folge der unermüdeten Werbetätigkeit für den Gedanken eines einheitlichen Groß-Berlins konnte man das Zweckerbändnisgesetz für Groß-Berlin vom 11. Juli 1911 ansehen, das bescheiden genug, sich die Regelung der Straßenbahnen, die Schaffung von Straßenfluchten und von Freiständen zum Ziel setzte. Als dann endlich mit dem 27. April 1920 das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin erlassen, da bedeutete das den Anfang zu einer entschiedenen Regelung der kommunalen Verhältnisse Groß-Berlins, wie er schon vor mindestens 20 Jahren hätte gemacht werden müssen.

Die neue Großgemeinde Berlin

umfaßt nach diesem Gesetz 7 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke. Die Stadtgemeinden sind: Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Spandau, Schöneberg und Wilmersdorf. Von der Größe und Ausdehnung dieses neuen Berlins kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man überlegt, daß sie über einen Flächeninhalt von 87 856 Hektar verfügt, während das alte Berlin nur einen solchen von 6310 Hektar hatte. Das Reichsbild (Grenze) hat heute eine Gesamtlänge von etwa 225 Kilometern, was der Entfernung von Berlin nach Dresden entsprechen würde. Das alte Berlin hatte einen Umfang von etwa 42 Kilometern, das ehemals selbständige Friedenau einen solchen von 4 1/2 Kilometern. An seiner breitesten Stelle, nämlich zwischen der Försterei Spring am Platensee (gegenüber Woltersdorfer Schleuse) und der westlichsten Ecke an der Sienicker Brücke in Potsdam beträgt die Entfernung in Luftlinie circa 46 Kilometer. Die größte Länge in der Nord-Süd-Richtung (zwischen der Südgrenze an der Lichtentradler Chaussee und der Nordseite südlich des bekannten Gorinsees) hat ein Ausmaß von circa 35 Kilometern.

In diesem Riesenzentrum wohnen rund 4 Millionen Menschen. Was aber wissen diese 4 Millionen „Berliner“ voneinander? Im Grunde genommen sehr wenig. Den meisten geht ihr Leben zwischen Wohnung und Arbeitsstätte dahin, ohne daß sie zum Bewußtsein dessen kommen, was Groß-Berlin eigentlich für ein Gebilde ist. In einer Reihe zwanglos zur Verfügbarmachung gelangender Beiträge wollen wir nun versuchen, die politischen und wirtschaftlichen, sozialen, verkehrspolitischen und kulturellen Wertmalen der einzelnen Bezirke darzustellen und so einem weiteren Verständnis für das neue Groß-Berlin den Weg zu bahnen.

Ein vorbeigelungenes „Geschäft“.

Deutschnationale Hehe gegen sozialistische Stadträte.

In der Stadtverordnetenversammlung hielten sich die Deutschnationalen, wie unsere Leser aus dem Sitzungsbericht wissen, mit ihrer auf einen Zeitungsartikel sich stützenden Anfrage wegen des Behmbergs an der Badstraße eine verdiente Wahrung. Wir kommen heute auf die Angelegenheit noch einmal zurück, weil wir eine die Kampfesweise der Deutschnationalen kennzeichnende Tatsache festzulegen möchten.

Die in der Sitzung von dem Kammerer Harding im Auftrage des Magistrats gegebene Antwort, daß in der Behmbergaffäre das Bezirksamt Wedding keineswegs die Stadt geschädigt hat, und daß der Bezirksstadtrat Pfeiffer mit der Sache überhaupt nichts zu tun gehabt hat, sagte den Deutschnationalen nicht mal etwas Neues. Mehrere von ihnen waren bereits vorher durch den Bezirksbürgermeister Leid davon unterrichtet worden, daß nach den Ermittlungen des Bezirksamtes an den Behauptungen des Zeitungsartikels kein wahres Wort ist, und daß vom Bezirksamt gegen den verantwortlichen Redakteur des betreffenden Blättchens schon am 27. Januar ein Strafantrag eingereicht wurde. Wir hören, daß Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei mehreren Stadträten des Bezirksamtes Wedding, im besonderen der Deutschnationale Stadtrat Wege unserem Genossen Stadtrat Pfeiffer selber, gesagt haben, man werde die Anfrage bis zur Erledigung des Prozesses zurückstellen. Daß trotz Kenntnis der Erklärungen des Bezirksamtes die Deutschnationalen in der Stadtverordnetenversammlung ihre Anfrage aufrecht erhielten, kennzeichnet diese Partei in

ihrem Kampf gegen die sozialistischen Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter. Aber in Anbetracht der Wirkung war es doch gut so; denn auf diese Weise konnten die ausgestreuten Verleumdungen schon jetzt durch den Magistrat aufs entschiedenste zurückgewiesen und den Deutschnationalen von den Rednern der drei Linksparteien schonungslos die gebührenden Stäupungen verabreicht werden.

Die Behmbergaffäre hat auch gezeigt, was für „Geschäfte“ betriebliche Unternehmer mit der Stadt zu machen versuchen. Unermüdet ist festzustellen, daß der Fuhrherr Böhm am 31. Dezember 1920 im Bureau der Grundbesitzungsdeputation mündlich eine Jahrespacht von 100 M. (hundert Mark!) bot, falls er den Behmberg an der Badstraße abfahren und selbstverständlich nach seinem Belieben verwerten dürfe. Dafür wollte er dann auch den Päch einbauen, so daß die Deutschnationalen, wenn das „Geschäft“ zustande gekommen wäre, ihn wahrscheinlich noch als einen „Wahlkater“ der Stadt gepriesen hätten. Daß der Grundbesitzungsdeputation das Angebot des Herrn Böhm abgelehnt und nun die Stadt selber für Abfuhr von 2000 Kubikmeter der Behmberge 170 000 M. (nicht, wie die Deutschnationalen behaupteten, 300 000 M.) ausgeben muß, soll eine „Schädigung“ des Stadtbudgets sein. Der Behm wird in der Siedlung Jungfernheide zur Bodenbefestigung gebraucht, wofür bei leistungsfähiger Weggabe des wertvollen Behmberges die Beschaffung anderen Materials notwendig geworden wäre, die der Stadt sehr viel höhere Ausgaben verursacht hätte.

Genosse Pfeiffer hat, wie schon gesagt, an der Verhinderung des von Herrn Böhm vorgeschlagenen „Geschäftes“ nicht im geringsten mitgewirkt. Träfe dieser „Vorwurf“ zu, so könnte der „Schuldige“ nur Genugtuung darüber empfinden, die Stadt vor Geldschaden bewahrt zu haben.

Verständigung über die Magistratsgehälter.

Die entschiedene Stellungnahme unserer Fraktion im Befolungsausschuß gegen die gestrigen Anträge der bürgerlichen Parteien ist nicht erfolglos geblieben. Sie haben namentlich ihren gestern hier charakterisierten tendenziösen Antrag fallen gelassen, für den nach dem ersten Abbruch der Zentrumsfraktion eine Mehrheit kaum noch zu erwarten war, und haben auch in ihren übrigen Forderungen der finanziellen Notlage der Stadt mehr als bisher Rechnung getragen. Nach langwierigen Verhandlungen kam ein Kompromiß zustande, daß sich in seinen finanziellen Auswirkungen und in seiner Gesamttendenz nicht mehr wesentlich von unseren Anträgen unterscheidet. Nachdem diese abgelehnt waren, konnten unsere Vertreter im Ausschuß daher dem modifizierten Antrage zustimmen, und es ist somit zu erwarten, daß es auch im Plenum zu keiner „Strafprobe“ bei dieser Frage kommen wird.

Die Bahnhöfe der Nord-Südbahn.

Kein Luxus, bescheidenste Ausstattung.

Nachdem der Rohbau der Nord-Südbahn der städtischen Untergrundbahn Nord-Süd in den wesentlichsten Teilen, bis auf eine kurze Strecke zwischen dem Weddingplatz und der Banke fertiggestellt ist, ist jetzt der Innenausbau der sechs Bahnhöfe der Nord-Südbahn in vollem Umfange aufgenommen worden. Der zweite der Bahnhöfe vom nördlichen Ende der Bahnstrecke aus gerechnet, der Untergrundbahnhof Leopoldplatz, macht in seiner Innenausstattung, die zum großen Teil während des Krieges hergestellt wurde, den weitaus vorteilhaftesten Eindruck. Dieser Bahnhof hat die Ausstattung bekommen, wie sie vor dem Kriege für sämtliche Untergrundbahnhöfe der neuen Bahn geplant war. Die Wände der Zugangstreppe mit Kacheln einer neutralen Farbe, während die Wände des Bahnstraßraumes mit farbigen Kacheln, in diesem Falle mit einer freundlichen hellroten Farbe ausgekleidet sind. Alle anderen Bahnhöfe müssen der zu hohen Kosten wegen wesentlich einfacher ausgestattet werden. Die einfach verputzten Wände werden mit einer gewöhnlichen Steinfarbe gestrichen, während die Eisenkonstruktion einen Anstrich von Delfarbe etwas dunkler Schattierung erhalten soll. Die Ausgänge erhalten schmiedeeiserne Umfassungen, Träger mit Transparenten und Tore, die zum Verschließen der Bahnhöfe während der Betriebspausen bestimmt sind. Der Bahnsteigbelag besteht ebenfalls aus dem einfachsten Material, Terrasphalt an Stelle der ursprünglich geplanten Fliesen. Jeder Bahnhof erhält einen besonderen Umformer für die Umwandlung des Bahnstromes mit 6000 Volt Spannung in solchen, von 220 Volt für Beleuchtungszwecke. Besondere Sorgfalt wird der

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidbann.

Er wollte sich einreden, daß es eine andere war. Aber mit einem Male sprang er auf und griff nach Hut und Stock und eilte in den Wald hinein, seinen Weg weiter, indem er seinen Ranzen an dem Riemen mit sich schleppte.

Nach einigen langen Schritten ging er langsam und trat mit den Beinen auf, um das Holz unter seinen Schuhen nicht zum Verräther werden zu lassen. Er bückte sich und schlich sich von Baum zu Baum.

Aber sie sah ihn, sie kam hinter ihm her. Er hörte sie eilen. Jetzt nützte ihm das Verstecken nichts mehr, er setzte seinen Hut auf und ging mit gleichgültigen, gefestigten Schritten weiter. Er schlug mit dem Stock in die Zweige und piff ein Lied dazu, als ob er so ganz voll Waldluft und Waldsinnen stecke. Aber das Lied kam zitternd heraus, und seine Beine liefen ihm davon.

Langsam und aufjubelnd rief es hinter ihm her. Er schritt weiter, schneller, und sein Lied kochte einen Augenblick. Er fiel über einen Eichenstumpf, an dem noch die Blätter wucherten. Er sprang wieder auf die Füße, schon hörte er ihren Atem hinter sich. Sein Pfeifen verstummte, er kämpfte mit seinem Stolz, als Zwanzigjähriger lief er nicht gern davon. Aber dann fing er an zu eilen.

Sie blieb zurück, er hörte sie nicht mehr und eilte weiter. Er hielt den Arm vors Gesicht, um sich vor dem Schlag der Zweige zu schützen. Jetzt kam er in den Tannenwald. Der Pfad wurde steiler, das Moos und die Radeln, auf die er trat, waren schlüpfrig und gaben seinen Sohlen wenig Halt.

Aber vor ihm stimmerte das Licht. Und dann stand er oben und schöpfte Atem. Er hielt sich mit der Hand an den Drahtzaun, der neben ihm von Pfahl zu Pfahl gezogen war. Und er sah in den Steinbruch hinab, der dahinter mit gelben, in der Sonne brennenden Wänden tiefer und tiefer hinunterführte.

Er lauschte da hinein. Nur das Geräusch der Steine klang aus der sonnenhungrigen Tiefe heraus und die Stimmen der Arbeiter. Er zauderte, sah noch einmal hinab. Dann schwang er sich über den Draht und trat mit dem Fuß auf den ersten vorpringenden Stein unter ihm, trat weiter, mit dem Drang

zu eilen, und doch langsam und mit prüfenden Augen. Er nahm den Stock zwischen die Zähne und drehte sich gegen die Wand hin, er kniete nieder und suchte mit den Fingern einen Halt, er ließ seine Beine hinab und tastete unter sich. Aber es brach ab unter ihm und polterte in die Tiefe. Er konnte nicht weiter hinunter.

Da! Er hörte Gretes Schritte, er hörte sie oben stehen und fühlte ihre Augen wie ein greifbares Gewicht auf sich ruhen. Er sah hinauf und sah gerade hinein. Sie stand über den Draht gebeugt. Ihre Brust war vom Lauf erregt. „Hein.“ sagte sie bittend.

Er suchte von neuem mit Händen und Füßen nach einem Halt unter sich — da schlug sein Stock hinab. Beide sahen ihm nach, wie er mit der Krücke nach unten aufschlug, die Spitze nach vorn drehte und wieder aufschlug. Sie sahen ihn noch fallen, als sie ihn nicht mehr hörten.

Die Arbeiter, die tief unten schwarz an dem gelben Stein hingen, wie Fliegen auf einem hellen Brot, riefen Flüche herauf und lachten. Es klang wie Mäusewispern. Hin und wieder blitzte etwas in der Sonne, das waren ihre Hacken. Und einer hatte etwas Rotes an.

Endlich sprach Hein. „Grete, was tust du denn? Du wirst wieder krank.“

„Komm herauf,“ sagte sie. „Was willst du denn nun?“

„Ich bin so dahergegangen — da habe ich dich mit einemmal gesehen.“

Er schwieg eine Weile. „Wo hast du Georg gelassen?“

„Weshalb willst du nicht heraufkommen?“ fragte sie, ohne ihm zu antworten.

Er wendete sich und setzte sich. Seine Beine hingen herab, aber um nicht zu fallen, mußte er den Rücken dicht an die Wand hinter sich legen und die Hände neben sich aufstützen.

„Weshalb bist du vor mir wegelaufen?“ fragte sie. „Was willst du von mir?“ fragte er wieder.

Sie rief Gräser und Blumen aus und warf sie auf ihn hinab. Sie fielen auf seinen Kopf und seinen Leib und fielen an ihm vorbei die Steinwand hinab. Sie küßten ihn in Duft und Farnschein ein.

„Ich komme zu dir,“ sagte sie mit einem Male. „Tu's nur,“ sagte er und lachte spöttisch.

Aber wirklich — sie trock auf Händen und Füßen unter dem Draht her. Ihr Fuß streckte sich weit aus dem Rock heraus und tastete. Die bröckelnde Erde fiel ihm in die Augen. Wie ein Kind, das die Gefahr im Blumenspiel nicht sieht, wollte sie weiter hinab.

„Bleib oben, ich komme,“ rief er.

Sie richtete sich auf und war voll Freude. Erst innen, dann ging's in ihre Glieder über. Wie der Hund an der Kette war sie, der seinen Herrn kommen sieht und ihm mit Belien und Wedeln entgegenstrebt.

Sie suchte nach etwas, was sie ihm hinhalten und woran sie ihn hochziehen konnte. Sie streckte ihm ihre Hand entgegen, während sie sich mit der anderen an einem Pfahl hielt.

Aber er kam ohne ihre Hilfe hinauf, stand da und befestigte seinen Ranzen auf dem Rücken. Dann wendete er sich dem Berg zu und wollte gehen.

„Warte, du bist voll Schmutz,“ sagte sie, fuhr ihm mit der flachen Hand über den Rücken und pflückte ihm das Gras von den Schultern.

Er schritt aus, aber sie hielt ihn hinten an seiner Jacke. „Laß mich ein Stück mit dir gehen.“

„Rein, ich habe keine Zeit mehr, du weißt es doch.“

Sie kam hinter ihm her. „Laß uns doch ein wenig im Gras sitzen.“

Sie war immer dicht an seinen Fersen, und er schritt immer schneller aus.

Plötzlich stieß sie einen leisen Schrei aus. „Ich kann nicht mehr gehen,“ sagte sie.

Er hielt nicht ein.

Sie hinkte hinter ihm her. „Ich kann nicht auftreten, sieh doch nur.“

Er drehte den Kopf. „Ist es wahr?“

„Rein. Es ist nicht wahr,“ sagte sie, sah an ihm vorbei und sah ihn dann an.

Ohne ein Wort machte er längere Schritte. Da war sie plötzlich wie der Wind hinter ihm und neben ihm und stand vor ihm und sperrte ihm den Weg. „Laß mich doch nicht wie ein Hund hinter dir herlaufen,“ sagte sie und senkte den Kopf.

Er sah flüchtig auf ihr Gesicht und wollte an ihr vorbeigehen, aber sie stand entschlossen vor ihm.

(Fortsetzung folgt.)

Annahme des Reichsmietengesetzes.

Im Reichstag wurden gestern zunächst kleine Anfragen erledigt.

Die Verlesung des Reichstagsabg. Thomas (Komm.) im 1. März 1921 in Augsburg ist nach Mitteilung der bayerischen Regierung wegen des bringenden Verdachts der Verbreitung der verbotenen Zeitung „Volkswille“ erfolgt. Es handelt sich nur um eine Durchsichtung, nicht um eine Verhaftung. — Eine allgemeine Schadenersatzpflicht bezüglich der durch den Eisenbahnstreik verdothenen und vernichteten Güter und Lebensmittel kann die Reichsregierung nicht anerkennen. Die Frage wird im Verkehrsausschuss noch näher geprüft werden. — Auf die Forderung des Abg. Meyer-Swidan (Soz.) nach Ausgleich an die Bahn-, Gehalts- und Renteneinkünfte sowie die erwerbsunfähigen Kleinrentner für die Brotpreiserhöhung erkennt Ministerialrat Rühemann die Notlage an. Die

Nachprüfung der Beamtengrundgehälter

wird noch in diesem Monat abgeschlossen werden. Für die Renteneinkünfte und Kleinrentner stehen Hilfsmassnahmen bevor.

Abg. Giebel (Soz.) beschwert sich über die Anstellung des Rechtsanwalts Helfft als Regierungsrat beim Treuhänder für das feindliche Vermögen, obwohl Helfft als Vorsteher eines Berliner Wohnungsamtes wegen Bestechlichkeit zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Im Kapp-Putsch demonstrierte Helfft für das Gelingen des Hochverrats, indem er während der Putschtage im Dienste die frühere Offiziersuniform trug. — Staatssekretär Dr. Müller erwidert, dass Helfft nach zweijähriger Bewährung angestellt worden sei. Die Beurteilung erfolgte, weil er für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geld angenommen hat. Diese Handlung war bei der Anstellung nicht bekannt. Jetzt ist Helfft bis zum Abschluss der Untersuchung gegen ihn beurteilt. Die Organisation des Treuhänders ist derartig, dass persönliche Bereicherung ausgeschlossen ist. Die Ermittlungen gegen den Professor Schlang, der inner- und ausserhalb des Dienstes fast täglich offen auf die „Judenregierung“ schimpfen soll, sind noch nicht abgeschlossen. Von einem Demonstrieren des Helfft für das Gelingen des Kapp-Unternehmens kann nicht die Rede sein.

Das Reichsmietengesetz

und zwar zunächst § 1 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. § 10 (die Oberste Landesbehörde kann die Hinderfächer für Betriebs- und Instandsetzungskosten für das Land oder für bestimmte Gemeinden oder Gemeindefraktionen selbst festsetzen oder dies der Gemeindebehörde übertragen; vor der Festsetzung sind die Vermieter- und Mietervertreter zu hören) wird im Hammersprung mit 183 gegen 152 Stimmen angenommen. Beim § 16 (Mietervertretung) wird auf Antrag des Zentrums, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, aus der Zwangsformel eine Sollvorschrift gemacht.

Das Gesetz tritt spätestens am 1. Juli 1922 in Kraft. Es soll am 1. Juli 1923 wieder außer Kraft treten.

Abg. Heubemann (Komm.) gibt eine Erklärung ab, die betont, dass das Gesetz keineswegs das Wohnungswesen beseitige, dass aber die Kommunisten trotz aller Halbheiten dem Gesetz zustimmen (Heiterkeit).

Abg. Bessien (Dp.) erklärt namens seiner Fraktion, das Reichsmietengesetz verstoße gegen wichtige Grundsätze. Das Gesetz beseitige die Wohnungsnot nicht, es vermehre die Bureaokratie. Bestimmend für die Deutsche Volkspartei sei auch, dass die Kommunisten sich für das Gesetz erklärt haben. (Heiterkeit links.)

Abg. Kuhn (U. Soz.) trotz der Befristung werden wir dem Gesetz zustimmen.

In der Generalabstimmung wird das Gesetz mit 202 gegen 162 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Demokraten und ein Teil des Zentrums.

Hierauf wird das Gesetz über vorübergehende Rechtspsfegemassnahmen im Hinblick auf das Saargebiet mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen; es tritt am 20. März in Kraft. Die kommunizistische Entschliessung auf Rückgängigmachung der Auslieferung der Räder des spanischen Ministerpräsidenten Dato wird abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) erklärt, dass auch seine Fraktion die Auslieferung mißbilligt. Die Forderung der Rückgängigmachung bedeute dagegen nur eine leere Demonstration.

Darauf wird der

Haushalt des Reichsschatzministeriums

beraten. Beschlossen wird, die Regierung aufzufordern, eine Denkschrift über das Geschäftsgebahren der Industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen vorzunehmen, an denen das Reich

beteiligt ist. Ferner wird eine Denkschrift über die Vereinfachung der Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Reichsschatzministeriums gefordert. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wird deren Antrag auf Auflösung des Schatzministeriums bis zum 1. April 1923 abgelehnt. In der nachfolgenden Debatte befragt sich

Abg. Wienbeck (Dnat.) über die Konkurrenz, die die „Deutschen Werke“ dem Handwerk machen.

Abg. Stücken (Soz.): Das Handwerk soll nach Möglichkeit geschützt werden. Der Schuh darf aber nicht so weit gehen, dass die Deutschen Werke stillgelegt werden. Es wäre uns lieber, wenn eine Sozialisierung in großem Maße durchgeführt werden könnte. Wenn wir die Sozialisierung aber auf die „Deutschen Werke“ beschränken würden, wären wir armelige Sünder. Wir hoffen, dass andere Verhältnisse kommen, die es ermöglichen, das in großem Maße sozialisiert werden kann.

Reichsschatzminister Bauer sagt gegenüber dem Abg. Wienbeck: In den orthopädischen Werkstätten arbeiten vielfach Kriegsbeschädigte. Das orthopädische Gewerbe wird auch noch in 30 bis 40 Jahren Konkurrenz haben. Es kann den Anforderungen der mit verarmten Gliedern herumlaufenden Kriegsbeschädigten nicht im entzerrten entsprechen. Wenn man da die Stilllegung dieser Werkstätten verlangt, so zeigt man nur ein geringes Verständnis. Die anderen Reichsbetriebe machen dem Gewerbe ebenso wenig Konkurrenz. Die Elektrizitätswerke und die Stromversorgung sind fast ausschließlich in Händen öffentlicher Anstalten. Auch die Aluminiumherstellung liegt fast ausschließlich in Reichshänden, ebenso ist es mit der Stickstoffherstellung. Der

Jahrschaft gegen die „Deutschen Werke“

liegt immer zugrunde die Beteiligung des Reiches an diesen Betrieben. Hätten wir vielleicht 14 einzelne Privatbetriebe, so würden sie genau so den anderen Großbetrieben und dem Handwerk Konkurrenz machen.

Damit schließt die Besprechung.

Haushalt des Wiederaufbauministeriums.

Abg. Reichmiller (Soz.): Es ist der Vorschlag gemacht worden, das Wiederaufbauministerium nicht mehr zu bestehen. Daran kann nach unserer Ansicht nicht gedacht werden. Seine Aufgaben bei der wirtschaftlichen Durchführung des Friedensvertrages sind noch nicht erfüllt. Ein großer Teil wurde gerade jetzt erst in Angriff genommen und ein anderer wartet noch auf die Bearbeitung. Bei aller Anerkennung der Gründe, die für die Sparbarkeit im Etat angeführt wurden, kann man nicht daran denken, dieses Ministerium zu beseitigen. Der Vorwurf der Rechts-, so feien parteipolitische Gründe, die uns zur Beseitigung dieses Ministerpostens veranlassen, muß entschieden zurückgewiesen werden. In Frankreich und Belgien würde man ohne weiteres sagen, die Deutschen denken gar nicht daran, am Wiederaufbau mitzuarbeiten, wenn wir das Ministerium auflösen. Insofern sind es allerdings politische Gründe, die uns veranlassen, für die Beibehaltung dieses Ministeriums und seine Befugnisse durch einen Minister einzutreten. Wir sind aber auch für äußerste Sparbarkeit und glauben, dass der

Abbau der Kolonialverwaltung etwas rascher

vorstatten gehen könnte. Man hat manchmal das Gefühl, dass die Behörden, die abwickeln müssen, in einer Weise abwickeln, dass auf der anderen Seite die Dinge wieder aufgerollt werden, wie das z. B. bei der Zentralstelle für Wiederaufbau der Flotte der Fall ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen Beamtenapparat lediglich aus propagandistischen Gründen beizubehalten, um den Glauben an die Kolonialpolitik nicht sterben zu lassen, wäre in diesem Augenblick gar zu kostspielig. Auch der Reichsausschuss für die Handelsflotte hat nichts mehr zu tun, nachdem das Reedereigesetz erlassen ist. Jetzt sollen die Herren: Wir müssen an den Aufbau der Binnen-schiffahrt herangehen. Wir wünschen, dass bei der Neuablieferung von Schiffsräumen die Rhein-Flottillen möglichst geschont wird, weil sie bis jetzt schon 33 Proz. ihres Schiffsräume für Wiederaufbauzwecke abgegeben hat.

Heute kommt es darauf an, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Von Frankreich sind mehrfach

Schwierigkeiten beim Wiederaufbau

gemacht worden. Über diese Schwierigkeiten, insbesondere jene, die bei der Beschäftigung deutscher Arbeiter aufraten, sind nicht gemacht worden von den französischen Arbeitern, sondern von den Kapitalisten. Sie wollen ebenso wie die deutschen Kapitalisten aus der Not des Volkes möglichst viel Profit herausziehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen und französischen Bauarbeiter aber haben sich zusammengesetzt, um Richtlinien für den

Wiederaufbau aufzustellen. Hier sehen wir Aussichten für die Zukunft, und es wird Aufgabe des Ministeriums für Wiederaufbau sein, daran anzuknüpfen und dafür zu sorgen, dass in Frankreich und in Belgien auch die letzten Spuren des Krieges verschwinden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dauch (D. Sp.) fragt über die Erleichterung des Wiederaufbaues durch den schwerfälligen bürokratischen Apparat.

Sonnabend 1 Uhr: Änderung der Geschäftsordnung und des Diätengesetzes, Berichterstattung über Fleischversorgung, Rest von heute. Schluß nach 6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Beginn der Sitzung heute abend nicht um 5, sondern um 6 Uhr im Sekretariat, Lindenstr. 3. Die Mitglieder der Ausschlußkommission treffen dagegen um 5 Uhr zusammen.

Heute, Sonnabend, den 4. März:

7. Abt. 8 Uhr im Gemeindefausthaus, Engelstr. 1 und 2, gemischter Familienabend der Wählervereinigungen. Eintritt 3 Mk. Gäste willkommen. Thema: Gruppenverfassung abends 7½ Uhr im Casino, Bernauer Str. 10. Kommunalpolitik jetzt und im Rahmen des Berliner Programms. Ref. Gen. Feinmann.

Morgen, Sonntag, den 5. März:

Sonntagskassen. Teil 3 der „Sonntagskassenblätter“ kann von der Geschäftsstelle täglich von 9-5 Uhr abgeholt werden. — Gruppe Köpenick, Wanderung nach Bernau. Treffpunkt morgens 7 Uhr Bahnhof Stralauer-Straßenbrücke. — Gruppe Friedrichshagen, Wanderung nach Strausberg-Kiesensee. Treffpunkt jetzt 8 Uhr vor dem Wägenpark Köpenick.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, W. 88, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Exp. Treffpunkt Sonntag 12.05-12.10.

Heute, Sonnabend, den 4. März:

Gibt Konferenz der Bezirksvorsitzenden findet heute abend um 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Delegierten vertreten sein. Besprechungen sind unzulässig. Eintritt haben nur die 1. und 2. Vorstände jedes Bezirks.

Morgen, Sonntag, den 5. März:

Hermsdorf. Sachmittagswanderung nach Hohenfähring. Treffpunkt 3 Uhr Hauptbahnhof. — Köpenick. Wanderung Köpenick-Strausberg. Treffpunkt 7 Uhr Hauptbahnhof. — Cöpenick. Cöpenick-Stralauer Straße. — Weidenberger Viertel. Wanderung Strausberg-Cöpenick. Treffpunkt 7 Uhr Cöpenick Hauptbahnhof, Unfallstation. — Weiden. Besuch des Hofmuseums. Treffpunkt 10 Uhr Antonplatz. — Weiden. Besuch des Reichlichen Museums. Treffpunkt 10 Uhr Hauptbahnhof Köpenick.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Reichsvereinsverband. Sonnabend, den 4. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Schützenklub, Neue Jakobstr. 14-16. Thema: „Roboter Richter“, Ref. Erwin Doms. — Konradspitzenverein „Die Naturfreunde“, Oststr. 10, Berlin, am Sonntag, den 5. März, Arbeitsvormittag am Ufersee, Treffpunkt 8.45 Uhr Gieseler Hauptbahnhof. — Demokratische Gemeinde Berlin, S. 8. Am Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, Niederwallstr. 15, Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Venzig über „Reichsvereinswesen und das Reichsvereinsgesetz“. Gäste willkommen. — Bezirksvereinsversammlung. Sonntag, den 11. März im Rathaus, Königlicher Platz, Vortrag des Herrn Ernst Gumbel: „Jahre Schachtel und das deutsche Volk“, (unter Mitwirkung des Vorgesetzten Herrn Gumbel). Harmonium: „Der Lindenbaum“ (Schubert). — „Kampfbüchse“ Nr. 11, am 11. März, Vortrag des Herrn Prof. Dr. A. Soller: „Die deutsche Freiheit“. Gäste willkommen. — Berliner Verein für Schulgesundheitspflege. Sitzung am Dienstag, den 7. März, abends 7½ Uhr, im Hof der Kinderklinik der Charité, Konferenz: Dr. Paul Fargert: „Wohnungsfragen bei Schulkindern“, Dr. Eugen Reiter: „Anthropologische Menschenkenntnis in ihrer Bedeutung für die Pädagogik“.

Weinbrand, Liköre

Landauer & Mackoll T

Heilbronn a. N. Gegr. 1861

Vertreter: Karl Karm, Potsdam, Bismarckstr. 3, Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 u. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburger Straße 20, Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 3400.

Im Auszug

Übergang von den Dorylogen des Südkaffs. Gr. u. billig, praktisch und belustigend. Wie Südkaff ausgerechnet. Zum Südkaff größerer Mengen Speisen nehme man Kaffee-Südkaff, für einzelne Portionen Südkaff-Tabletten. Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.



Warum soll Seifenpulver sauerstofffrei sein?

Seifenpulver mit Bleich- und Sauerstoffsalzen schaden der Wäsche auf die Dauer nachgewiesenermaßen erheblich. Dr. Gentners Seifenpulver Schneekönig ist frei von solchen Bestandteilen, schon daher die Wäsche.

Verlangt b. Händler kostenl. Werbeprospekt z. gr. Propaganda-Werbe-Ausschreiben für Schuhputz Nigrin und Seifenpulver Schneekönig mit etwa Mk. 200.000.— Preisen und Prämien. Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

Vertreter: Adolf Reimsschüssel, Berlin S 42, Luisenufer 40.

Nachruf
Am 21. Februar erlitt nach längerer Krankheit im Alter von 87 Jahren unter von uns allen herzlichster Bewacht Oskar Koppe

Wir trauern in ihm einen Vorgesetzten, der sich in jahrelanger, aufopfernder, unermüdeter Tätigkeit bei uns allen größte Hochachtung erworben hat.

Wir beklagen den Verlust dieses edlen Mannes und werden ihn über das Grab hinaus stets bewachen. 20.3

Die Arbeiter und Angestellten der Firma W. Gurlt G. m. b. H., Berlin-Treptow

Möbel
noch zu billigen Preisen solange Vorrat reicht

Edmund Weiß
Clemensstraße 1, am 1. u. 2. Hof, gegenüber 11.

Ehre solchem Auftragnehmern!

Die Einlieferung findet am Mittwoch, den 8. März, abends 8½ Uhr, im Zentralkontrollamt Geschäftstrasse statt.

Neue Bestellung erbeten 113/12 Die Ortsverwaltung.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung

bei billigster Preisberechnung

HERREN-ANZÜGE, CUTAWAYS, PALETOTS, USTER | **DAMEN-PALETOTS, KOSTÜME, RÖCKE, KLEIDER**

Regenmäntel

BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!

M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Pianohaus des Westens
Potsdamer Str. 89
Nachbahn, Bismarckstr.

Flügel-Pianos
Gelegenheitskäufe

Ziehung 24. bis 30. März

Fürsorge-Geld-Lotterie

d. kath. Fürsorge-Vereins für Mädchen, Frauen u. Kinder, 600.000 Lose, 20.21 Gew., zusammen Eine Million Mark

Hauptgewinne Mark

100 000

80 000

70 000

50 000

Lose zu 6 Mark — Porto u. Liste M. 3.50 extra — überall erhältlich

10 Lose einschl. Porto und Liste M. 63.50

Die Ausgabe erfolgt durch das Bankhaus **A. Mollat**, Berlin W 9, Lennestr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linsenstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Montag, den 6. März, nachmittags 5½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 44a:

Branchenversammlung
der Emallier- und verwandten Berufe.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Änderung unserer Lohnabkommen. 2. Branchenangelegenheiten und Beschlüsse. 113/13

Die Vertreterliste erscheinen um 6½ Uhr.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Disziplinierung.

Offene Füße
Reinigungs- und Desinfektionsmittel, a. pers. hygienische Zwecke, b. Entkeimung mit unerschöpflichen Vorräten

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Fil. Badstr. 47/48
11. v. Bbl. Gesundbr.

Anzüge, Kleider
Schlüpfer, Cutaways mit Hosen | Mäntel, Kostüme, Röcke für Herren | für Damen

auf bequeme Teilzahlung

GREBLER, Weinbergsweg
am Rosenhaier Platz.

3 lehrreiche **Geschlechtsleiden!** Stück M. 2.—
Hefte über: 1. Harnröhrenleiden (frisch und veraltet) mit Anhang: Weißfluß d. Frau. 2. Behandlung d. Syphilis. 3. Nervenschwäche des Mannes-schwäche. Viele Anerkennungen. Zusendung völlig diskret. Schreiben Sie sofort.

Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut G. m. b. H. Berlin NW 117, Rathenowerstr. 73, Sprechst. 10-1, 4-7

Den ältesten Damen- oder Herrenhut
verfügen wir auf d. neuere, modernsten Formen zu den billigsten Tagespreisen bei **Clara Seidner** vis-a-vis St. Bernhardsstr.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Josephs-Legende
Bajazet
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Don Carlos
7 1/2 Uhr

Deutsches Theat.
Die Wölfe
Sonntag 7 1/2 Uhr
Frühlingserwachen
8: Die Wölfe

Kammerspiele
Anatol
Stg. 2 1/2 Uhr
Die deutschen Kleinstädter
8: Anatol

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt
Sonntag 7 1/2 Uhr: Dantons Tod
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

Theater i. d. Königgrätz. Str.
Täglich 7.30 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr:

Karusell
mit Maria Orska
Joh. Kleinmann
Ralph Art. Roberts

Berliner Theat.
Täglich 7.30 Uhr:
Einer von unsere Leut!
Carl Clewing
Oscar Sabo
Leonh. Haskel
Melitta Kiefer

Residenz Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Triesch, Anstätt, Bertens, Korti, Sandrock, Schindler
Sonnt. 4 Uhr kleine Pr.: Casanovas Sohn

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Limburg, Palcanstein, Junkermann, Albers
Sonnt. 4 Uhr kleine Pr.: Der Dieb

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
Goltzstraße 7
Nollendorf 1813
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung allabendlich

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
U. Bauer als Millionär

Lessing-Theat.
Heute und morgen
7 Uhr: FAUST
Montag 7 1/2 Uhr: Piemme (Dorsch)

Deutsches Künstler-Th
Allabendlich 7 1/2
Operetten-Gastspiel:
Der gelbige Verschwander
(Max Adalbert)

Central-Theater
Das Detektivmädchel
U. Bauer als Millionär
7 1/2 Uhr: Robert u. Bertram
Friedr.-Wilhelms-Th.
8 Uhr: D. Trombadour
Intimes Theater
u. u.: Gastave, es bittzt!
Kleins. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Der heusche Lebeemann
Lustspielhaus
8 Uhr: Der Werwoll
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Bajadere
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Operettenhaus
Schöneberg, Hauptstr. 144
U. u.: Scham! Dich, Loie
Stg. 3 1/2 Uhr: D. Palagriffin
Neues Theater am Zoo
7 1/2 Uhr: Scampolo
Neues Volks-Theater
7 1/2 Uhr: Falscher Schiller-Th. Charib.
8 Uhr: Im weißen Rößl
Schloßpark-Th. Steglitz
Schloßstr. 44
7 1/2 Uhr: Phyllis
Theater-Theater
7 1/2 Uhr: Die Herren von und zu ...
Theat. am Nollendorfpf.
8 1/2 Uhr: Adelsteil Dienstbot.
7 1/2 Uhr: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der Tanz ins Glück
Stg. 2 Uhr: Lohengrin
Th. i. d. Kommandant Str.
(Jüd. Künstler-Th.)
7 1/2 Uhr: Grüne Felder
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Die Spitzenkönigin
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: D. liebe Augustin
Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Eiga
v. Gerhart Hauptmann
(Maria Fein, Veidt, Becker, Kleia)
Sonnt. 4 Uhr kl. Preise:
Mela Freund Teddy
Theater d. Ostens
(Kass-Theater)
8 1/2 Uhr: 1901 Nacht
7 1/2 Uhr: Für tot erklärt.
Vorher:
Wegweiser z. Eheglück

Im Theater i. d. Königgrätzer Str. geht das phantastische Melodram

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

„Julia“ — „Euphemia“ — „Donna Anna“ (42 Bilder) von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik von E. N. von Reznicek, am kommenden Dienstag bereits zum 25. Male unter atemloser Spannung eines künstlerisch gebannten Publikums in Szene.

Großes Schauspielhaus

Sonntag, 5. März, nachm. 2 1/2

DANTONS TOD

von Georg Büchner. Inszenierung: Max Reinhardt.

Kleine Preise

Komische

7 1/2 Oper 7 1/2

Letzter Monat
Die große Revue
Der Herr der Welt

Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Dura
Willy Hartstein
Franz Gross
Paul Westermeyer
Lotta Werkmeister
Herta Richter
Erna Alberti

Apollo

8 U. Theater 8 U.
Dir. Jam. Klein
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der Venusberg
Jed. Erwachsene ein Kind frei
Ermäßigte Preise
Allabendlich

Naturalistisches Ballett
Der Venusberg
dargestellt von 30 Tänzerinnen und Tänzern sowie Gastspiel

Paul Beckers
sowie eine Anzahl Varieté-Sensat. Vorkauf ununterbrochen!

Admirals-Palast

Keine Vorstellung
Ballett-Ball
Sonntag Nachm. 3 1/2
und abends 7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant
im Gespensterschloß

WINTERGARTEN
Modenschau 1922
sowie der große Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr u. Sonnt. nachm. 3 U.

Stettiner Sängerbund

Nachm. halbe Pr.
Dönhoff-Brett:
Ant. 7 1/2 Uhr
Theat. a. Kottb. Tor
Tel. 30011, 10077
Tägl. 7 1/2 Uhr u. Sonnt. nachm. 3 U.
Elke-Sänger
10 Herren!
Woh! Komit!
Ruh. halb. Preise
Soß. 11-1 1/2-4-6

FOLIES CAPRICE

Linienstr. 132
Täglich 7 1/2 Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Käuzchen
Die falsche Nummer
Frd. Grüncker, R. Bergl
Dir. Strobel

Casino-Theater
Lehring-Str. 37 Tgl. 7 1/2
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Vorher: Lachende Liebe
Ges. Posse m. d. neuest. Schling. Bummeltröt
Stg. 3 1/2 U. letzte Stunde

Paul Beckers

Emser Quellsalz
T. Spengel & Katarbahn

Eröffnungsrennen

7 Rennen. Gesamtpreis M. 155.000.—

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/14
Heute Sonnabend, d. 4. März:
Bockbier-Fest
in den bayer. Alpen
Einlaß 8 Uhr Anfang 7 Uhr

Alhambra

Varieté
a. Moritzplatz

Senta Söneland
In ihr Sketch Kesse Bolle und das gewaltige März-Prgr. 5-20 M.

Jeder Notgeldsammler der sich ständig über die Anschaffungskosten seiner Sammlung klar sein will, sollte sich das in meinem Verlage erscheinende
Merkbuch für Notgeldsammler
112 Seiten stark, zum Preise von M. 24.—, für M. 26.50 portof. bestellen. Verlangen Sie bitte Prospekt „Einiges über Notgeld“ geg. Einsendung von M. 1.— portofrei.
Victor Engelmann, Kiel.

Palz-Haus
Leipziger Str. 58
Zehnhäuserstraße 10a n. g.

CIRCUS BUSCH

Sonntag, 4. März, 7 1/2
Erst-Aufführung:
Manegeschaustück
Klaus Störtebeker
der Seeräuber

In 8 Bildern für den Circus Busch bearb. von Ado Steilmann in der Hauptrolle:
Konr. Gebhardt
v. D. Schauspielhaus in Hamburg als Gast
Vorher die neuen März-Sensationen
Stg. nachm. 3 U.:
1 Kind frei!
Robinson Crusoe
und die neuen März-Sensationen

Sonderzug zur Breslauer Messe

am Sonnabend, den 18. März
ab Charlottenburg 12.39 Berlin Zoo 12.47
Friedrichstraße 12.59 Alexanderpl. 1.00
Schles. Bf. 1.15
an Breslau 7.59

Fahrtpreis: Berlin-Breslau 2. Kl. M. 170.—, 3. Kl. M. 102.—, gegenüber dem Schnellzugfahrpreis 30 Proz. Ermäßigung. Abgabe der Karten nur gleichzeitig mit den Messeausweisen zum Vorzugspreise von M. 20.—.

Sofortige Bestellungen bis spätestens 9. März erbeten an:
Dr. W. Haßbacher, Berlin W 8, Behrenstr. 50/52.

Deutsche Hypothekbank (Actien-Gesellschaft) Berlin.

Die auf 7 1/2 % festgesetzte Dividende für das Jahr 1921 gelangt von heute ab mit M. 45.— für die Aktien über M. 600.— (Nr. 1 bis 13.000) und mit M. 90.— für die Aktien über M. 1200.— (Nr. 13.001 bis 22.500) an unserer Kasse, Dorotheenstraße 44, bei der Berliner Handels-Gesellschaft, der Commerz- und Privat-Bank Aktien-Gesellschaft, der Direction der Disconto-Gesellschaft und der Nationalbank für Deutschland Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, hier, zur Auszahlung.

Berlin, den 28. Februar 1922. Der Vorstand.

EINEN SIEG auf der ganzen Linie

werden Sie erringen, wenn Sie Ihre **Gold-, Silber-, Platin-** Gegenstände
Bruch, Barren, Münzensammlungen, Uhren, Ketten, Ringe, Löffel, Bestecke, Brennstifte, Zahngebisse, einzelne Zähne

Brillanten

zu **Börsenpreisen** verkaufen
bei der Firma
Maulhardt & Engelberg JUGOHBÖRSE
G. m. b. H.

Handelsgerichtlich eingetragene Firma für Juwelen und Edelmetalle, Berlin C., Burgstr. 29 (Laden), Bureauhaus Börse, direkt a. Stadtbahnhof Börse, Nord. 9029

Besten Absatz für Händler

Warnung für Brillantenbesitzer

Da wir nach dem Urteil des Publikums als eine — höchst zahlende Stelle — bezeichnet wurden, so können wir jedem Verkäufer von Brillanten großen Steinen, Platin- u. Silbersachen, Goldene Uhren, Ketten, Ringe usw. nur dringend raten, unsere sehr hohen Ankaufpreise zu hören. — Von den vielen Fällen einige Beweise: Für einen uns vorgelegten Brillanten Schmuck war das Höchstgebot in Berlin 278.000 M., wir boten 330.000 M. Für 1 Brillantenring 130.000 M., wir boten 165.000 M. Für eine Brosche 8000 M., wir boten 12.000 M.

„Verlust erforden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen!“

Berliner Juwelen-Verwertungsstelle

Laden: Lützowstraße 92, part.
Ein Haus v. d. Potsdamer Straße, neben der Konditorei.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Reichhaus Spiegel
Schaukasten, 7. Sonderangebot in Angeln, Gollpfer, Pelzwaren, Stoffen. Hat billige Qualitäten. Grosse billige Preise. Keine Zombardware.

Die Ipana Welt
Wenn Sie im Reichhaus Bumböck, Gerichter, M. gegenüber der Städtischen Hochschule, Wand, Ulfen, Schöpfer, Hejen, Pelzwaren kaufen. Spezialität Weißes. Keine Zombardware.

Reichhaus Goldschmuck
Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Silberstücke 100
Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Reichhaus Goldschmuck
Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.

Wohnung

Reichhaus Goldschmuck (Goldene Kar) verkauft (goldene) Serengetarische und Pelzwaren. Keine Zombardware.